

Langzeit- beschäftigungslosigkeit

arbeit plus - Themenpapier (Stand: April 2021)

In 20 Sekunden

Die Corona-Pandemie hat die größte Krise am Arbeitsmarkt in der Geschichte der Zweiten Republik ausgelöst. Besonders dramatisch ist die Zahl der Langzeitbeschäftigungslosen, also jener Menschen, die langfristig vom Erwerbsarbeitsmarkt ausgeschlossen sind. Mehr als ein Drittel der Arbeitslosen sind bereits langzeitbeschäftigungslos, angesichts der anhaltenden Krise droht eine Verfestigung der Langzeitbeschäftigungslosigkeit. Politisches Gegensteuern ist dringend notwendig. arbeit plus fordert zukunftsgerichtete Arbeitsmarktpolitik, die dauerhafte geförderte Beschäftigung und Qualifizierung in Zukunftsbranchen insbesondere für benachteiligte Menschen bietet und nachhaltige Arbeit für alle ermöglicht.



Impressum

arbeit plus - Soziale Unternehmen Österreich

Herklotzgasse 21/3
1150 Wien

T +43 1 236 76 11
M office@arbeitplus.at
W www.arbeitplus.at

arbeit plus - Soziale Unternehmen Österreich ist seit über 30 Jahren das unabhängige, österreichweite Netzwerk von 200 gemeinnützigen Sozialen Unternehmen, die mit Beratung, Qualifizierung und Beschäftigung benachteiligte Menschen beim beruflichen (Wieder-)Einstieg unterstützen. Insgesamt erhalten jedes Jahr 30.000 Menschen eine befristete Arbeitsstelle in den arbeit plus-Mitgliedsunternehmen, viele weitere tausende arbeitssuchende Menschen werden durch Beratungen, Trainings und Qualifizierungsangebote unterstützt. Im Sinne der aktuellen gesellschaftlichen und sozialpolitischen Herausforderungen am Arbeitsmarkt vertritt und stärkt arbeit plus die Position der Sozialwirtschaft und der Sozialen Unternehmen in Österreich und in Europa und zeigt sozial inklusive und ökologische Wege von Arbeit und Wirtschaft auf.

Inhaltsverzeichnis

Unser Zugang zum Thema	4
Hintergrund: Langzeitbeschäftigungslosigkeit als strukturelles Problem	5
Daten und Fakten	6
Entwicklung von Langzeitbeschäftigungslosigkeit	6
Folgen von Langzeitbeschäftigungslosigkeit	12
Langzeiterwerbsarbeitslosigkeit im europ. Vergleich	16
Exkurs I: Hartz IV	17
Exkurs II: Auswirkungen einer Abschaffung der Notstandshilfe in Österreich	19
Erfahrungen aus den Sozialen Unternehmen	21
Forderungen von arbeit plus	23
Definitionen: Wie wird Arbeitslosigkeit gemessen?	31
Literatur	32



Unser Zugang zum Thema

Die Corona-Krise hat eine noch nie dagewesene Krise am Erwerbsarbeitsmarkt ausgelöst. Im April 2020 waren beinahe 600.000 Menschen ohne Job, so viele wie noch nie zuvor. Die Lage am Arbeitsmarkt bleibt auch 2021 angespannt. Besonders besorgniserregend ist die Zahl der Menschen, die bereits seit mehr als 12 Monaten beim AMS gemeldet sind und damit als langzeitbeschäftigungslos gelten. Im März 2021 gab es mehr als 190.000 Langzeitbeschäftigungslose, so viele wie noch nie zuvor. Ein weiterer Anstieg ist angesichts der anhaltenden Krise zu befürchten. Ohne gezielte politische Gegenmaßnahmen besteht die Gefahr, dass Langzeitbeschäftigungslosigkeit zum Massenphänomen wird.

Langzeitbeschäftigungslosigkeit, also lange andauernde Erwerbsarbeitslosigkeit, hat gravierende Folgen: Für die Betroffenen bedeutet sie Unsicherheit, finanzielle Einbußen und psychische Belastungen. Gesamtgesellschaftlich besteht die Gefahr von Exklusion einer immer größer werdenden Anzahl von Menschen, die sozial- und demokratiepolitisch problematisch ist. Langzeitbeschäftigungslose dürfen in der Arbeitsmarktpolitik während und nach der Krise nicht vergessen werden. Die Bekämpfung von Langzeitbeschäftigungslosigkeit wird eine der zentralen Herausforderungen der nächsten Jahre sein.

Um Langzeitbeschäftigungslosigkeit nachhaltig zu bekämpfen und in Zukunft zu verhindern, braucht es gezielte politische Maßnahmen, die zu einer nachhaltigen Gestaltung eines inklusiven Erwerbsarbeitsmarkts beitragen. Dazu zählt neben Beratung und Qualifizierung in Zukunftsbranchen insbesondere dauerhafte, geförderte Beschäftigung für Menschen, die auf dem ersten Arbeitsmarkt keinen Job mehr finden. Denn trotz der hohen Erwerbsarbeitslosigkeit und Langzeitbeschäftigungslosigkeit gibt es viel gesellschaftlich wichtige Arbeit, die

nicht oder zu wenig gemacht wird, etwa im Bereich der Pflege oder der regionalen Infrastruktur. Diese Schieflage zu beenden muss sich die Politik zur Aufgabe machen.

Die Erfahrungen der Sozialen Unternehmen bieten dafür Inspiration: Seit mehr als 30 Jahren begleiten die Sozialen Unternehmen Menschen mit Beratung, Qualifizierung und Beschäftigung auf ihrem Weg zurück in den Erwerbsarbeitsmarkt. Sie stärken bei den von ihnen begleiteten Menschen Wissen, Kompetenzen und Selbstwirksamkeit und tragen durch ihre gelebte Praxis bei zum notwendigen Strukturwandel der Erwerbsarbeit. Das primäre Ziel der Arbeitsmarktpolitik muss es sein, allen Menschen gute Arbeit zu ermöglichen. Dafür braucht es Kooperationen zwischen Politik und Zivilgesellschaft, um gemeinsam mutige und innovative Ideen zu finden und umzusetzen.

Hintergrund: Langzeitbeschäftigungslosigkeit als strukturelles Problem

Langzeitbeschäftigungslosigkeit ist spätestens seit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/9 zu einem drängenden strukturellen Problem am Arbeitsmarkt geworden. Mittlerweile ist in Österreich jede*r dritte Erwerbsarbeitslose für mehr als 12 Monate ohne Job. Die Zahl der Langzeitbeschäftigungslosen lag mit 191.118 Personen im März 2021 so hoch ist wie nie zuvor. Auch wenn die Arbeitslosigkeit insgesamt nach überstandenen Krisen wieder sinkt, bleiben immer mehr Menschen dauerhaft ohne Job. Man spricht hier von Hysterese, also Wirkungen, die immer noch vorhanden sind, selbst wenn die Ursache bereits verschwunden ist (Gogola 2020). Die Folgen sind verheerend, sowohl auf individueller als auch auf gesellschaftlicher Ebene.

Die Gründe für Langzeitbeschäftigungslosigkeit sind vielfältig. Ein häufig genannter Grund ist der Kompetenzabbau bzw. die Dequalifizierung von Erwerbsarbeitslosen. Lange Abwesenheit vom Erwerbsarbeitsmarkt impliziert, dass die Betroffenen ihre beruflichen Fähigkeiten nicht im selben Maße aufrecht erhalten können wie Erwerbstätige. Dazu gehört „learning by doing“ ebenso wie Vertrautheit mit technischen Neuerungen. Darüber hinaus verlieren längerfristig Erwerbsarbeitslose ihre beruflichen Netzwerke, die oft wichtig sind, um einen neuen Job zu finden (Gogola 2020). Der Fokus auf Ursachen, die bei den Betroffenen selbst liegen, greift zu kurz und lenkt davon ab, dass Langzeitbeschäftigungslosigkeit strukturell bedingt ist. Das ist problematisch, weil politische Gegenmaßnahmen derzeit nach wie vor in einem hohen Maß die erwerbsarbeitslosen Menschen und nur in geringem Ausmaß Unternehmen oder arbeitsmarktpolitische Strukturen im Blick haben.

Diskriminierung durch Arbeitgeber*innen aufgrund von längerer Arbeitslosigkeit kann laut Studien ein wichtiger Grund für die Verfestigung von Erwerbsarbeitslosigkeit sein: Untersuchungen haben gezeigt, dass Menschen mit einer Arbeitslosigkeitsdauer von mehr als 10 Monaten deutlich weniger oft von Unternehmen zurückgerufen werden als Bewerber*innen, die kürzer oder gar nicht arbeitslos sind (Nüß 2017). Möglicherweise nehmen Unternehmen also an, dass länger arbeitslose Menschen über weniger Kompetenzen verfügen, als dass ein Kompetenzabbau tatsächlich der Fall wäre. Die Arbeitgeber*innen – also die Nachfrageseite am Arbeitsmarkt – werden aber in der Arbeitsmarktpolitik derzeit kaum adressiert.

Verfestigte Langzeitbeschäftigungslosigkeit ist ein deutliches Zeichen dafür, dass der Erwerbsarbeitsmarkt seine Funktionen nur unzureichend erfüllt. Immer mehr Menschen finden keine dauerhafte, existenzsichernde Beschäftigung, etwa weil sie Diskriminierung ausgesetzt sind oder zu den Bedingungen des ersten Arbeitsmarkts nicht arbeiten können. Es braucht dringend politische Antworten, um diesem Ungleichgewicht entgegenzuwirken und einen sozial ebenso wie ökologisch nachhaltigen Arbeitsmarkt zu schaffen.



Daten und Fakten

Erwerbsarbeitslosigkeit kann jeden*in treffen. Für die meisten Menschen bleibt sie eine vergleichsweise kurze Periode und sie finden bereits nach wenigen Monaten wieder einen neuen Job. Die Zahl jener Menschen, die für mehr als ein Jahr erwerbsarbeitslos bleiben, ist in den letzten zehn Jahren – also seit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/9 – allerdings dramatisch gestiegen. Das österreichische Arbeitsmarktservice hat für die Erfassung langfristig erwerbsarbeitsloser Personen den Indikator „Langzeitbeschäftigungslosigkeit“ entwickelt. Als langzeitbeschäftigungslos gelten jene Menschen, die für mehr als 12 Monate beim AMS gemeldet waren. Schu-

lungsteilnahmen oder kurzfristige Anstellungsverhältnisse von weniger als 62 Tagen zählen nicht als Unterbrechung. Damit ist die Zahl der Langzeitbeschäftigungslosen höher als die Zahl der Langzeitarbeitslosen, also jener Menschen, die seit mindestens 12 Monaten beim AMS als arbeitssuchend vorgemerkt sind (AMS 2020b). Um einen Vergleich mit der Zahl der Arbeitslosen insgesamt zu ermöglichen, wird in diesem Themenpapier, wenn nicht anders angegeben, die Zahl der langzeitbeschäftigungslosen Arbeitslosen, angegeben. Das sind alle Personen, die als arbeitslos vorgemerkt sind und das Kriterium Langzeitbeschäftigungslosigkeit erfüllen.

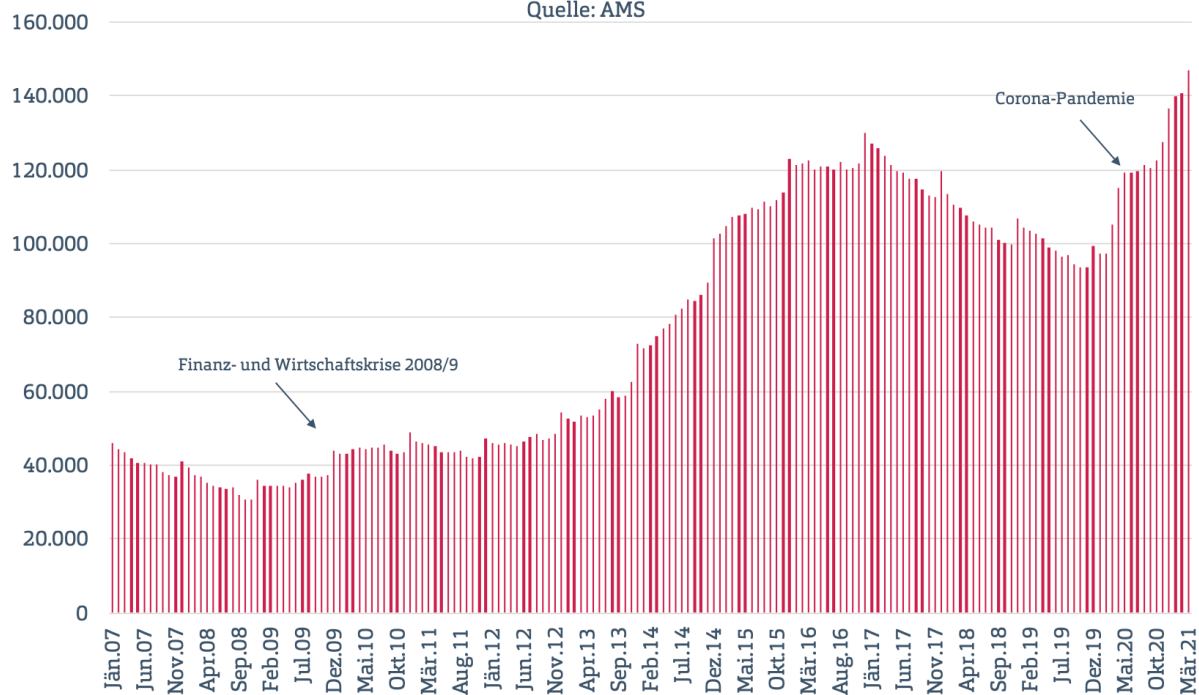
Entwicklung von Langzeitbeschäftigungslosigkeit

Verfestigte Langzeitbeschäftigungslosigkeit ist eine Langzeitfolge von Krisen. In den Daten des AMS wird der sogenannte „Hysterese-Effekt“ bei Langzeitbeschäftigungslosigkeit deutlich sichtbar: Das Phänomen besteht langfristig weiterhin, auch wenn der Auslöser – zuletzt die Krise 2008/9 – bereits vorbei ist. Die zwischenzeitlich bessere Wirtschaftslage kam bei dieser Gruppe nur eingeschränkt an. Aufgrund dieser Entwicklung ist auch ein immer größerer Anteil der Erwerbsarbeitslosen da-

mit langzeitbeschäftigungslos. Vor zehn Jahren war es noch rund jede*r Fünfte, heute bereits beinahe jede*r Dritte. Immer mehr Menschen sind dadurch längerfristig vom Erwerbsarbeitsmarkt und den damit verbundenen Teilhabechancen ausgeschlossen. Der erneute Anstieg der langzeitbeschäftigungslosen Arbeitslosen im Krisenjahr 2020 lässt befürchten, dass Langzeitbeschäftigungslosigkeit in den kommenden Monaten und Jahren zu einem noch größeren Problem wird.

Langzeitbeschäftigungslose Arbeitslose

Quelle: AMS



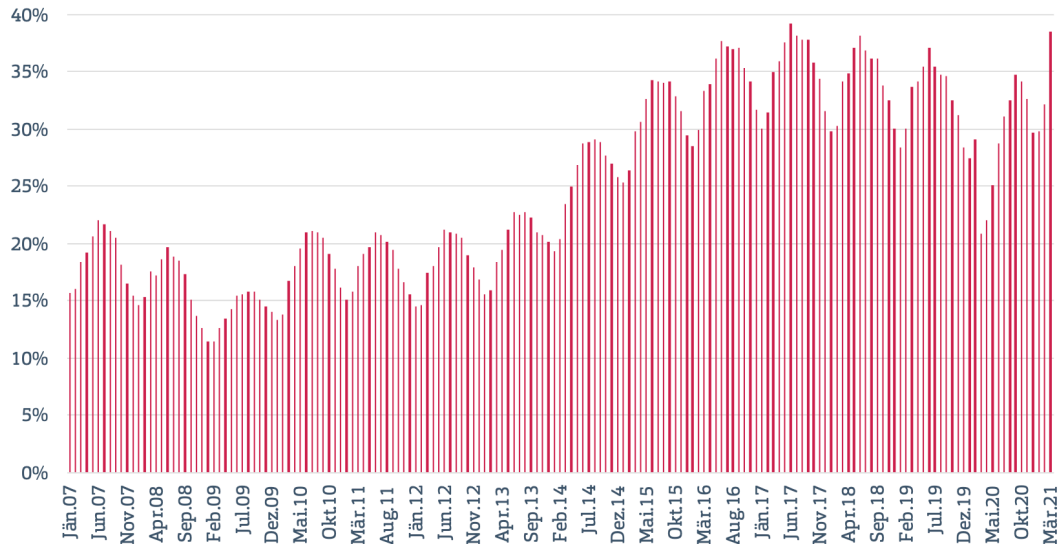
Der Anteil der Langzeitbeschäftigungslosen an allen Erwerbsarbeitslosen ist in den letzten Jahren, abgesehen von Konjunkturschwankungen, deutlich gestiegen. Der sichtbare Rückgang im März/April 2020 ist auf den starken Anstieg der

Erwerbsarbeitslosen insgesamt und nicht auf einen Rückgang der Zahl der Langzeitbeschäftigungslosen zurückzuführen. Im März 2021 galten 38,5% aller Arbeitslosen als langzeitbeschäftigungslos.



Anteil Langzeitbeschäftigungsloser Arbeitsloser an allen Arbeitslosen

Quelle: AMS

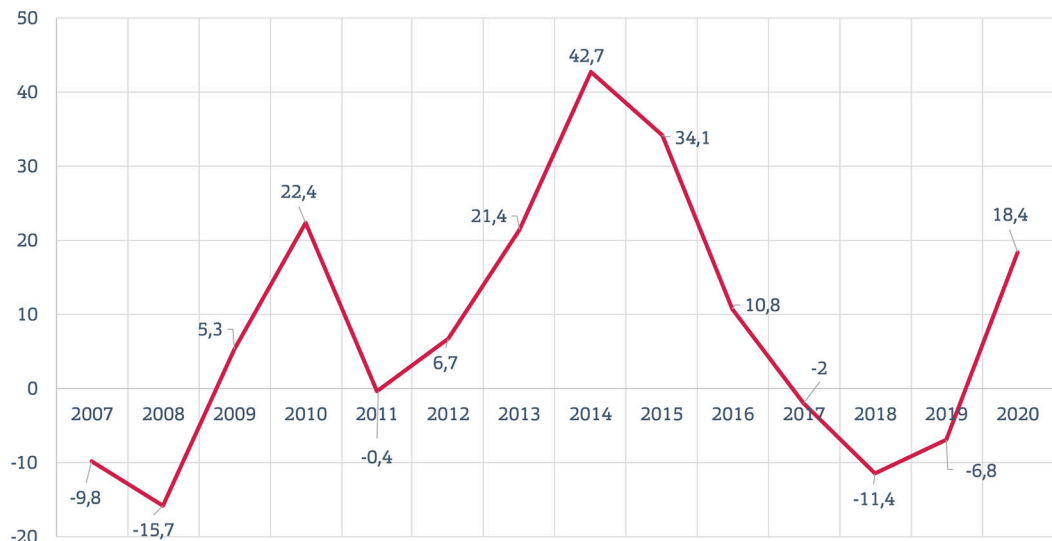


Ein Blick auf die prozentuelle Veränderung von Langzeitbeschäftigungslosigkeit gegenüber dem Vorjahr zeigt, dass der Höhepunkt des Anstiegs erst 2014 überwunden war, also zu einem Zeitpunkt, zu dem sich der Arbeitsmarkt insgesamt schon wieder etwas von der

Krise erholt hatte. Nach einigen Jahren positiver Entwicklung und zuletzt sogar einem leichten Rückgang der Langzeitbeschäftigungslosigkeit lag der Anstieg im Jahr 2020 gegenüber dem Jahr 2019 bei 18,4%.

Langzeitbeschäftigungslose Arbeitslose Veränderung zum Vorjahr in %

Quelle: AMS



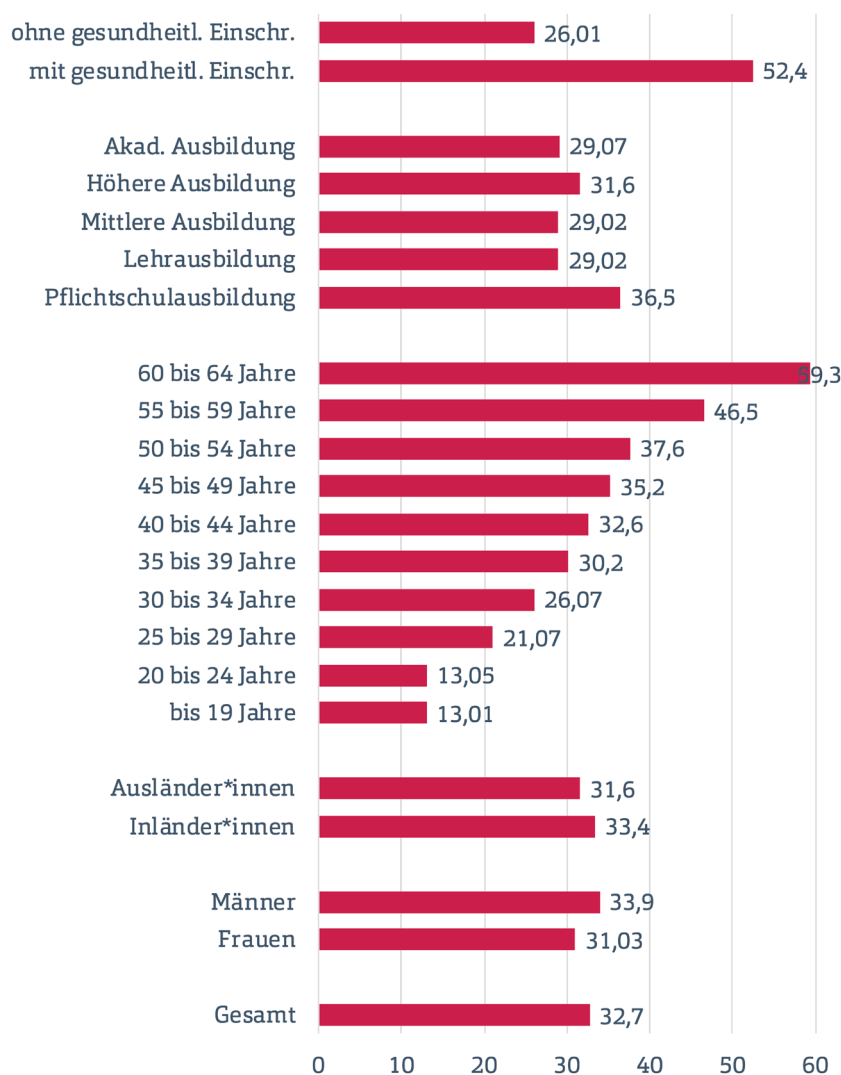
Langzeitbeschäftigungslosigkeit ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Dennoch zeigt sich, dass manche Gruppen überdurchschnittlich oft betroffen sind: Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen oder geringer formaler Bildung sowie insbesondere Ältere. Auf

viele Langzeitbeschäftigungslose treffen mehrere Risikofaktoren gleichzeitig zu. Sie spüren die Krise am Erwerbsarbeitsmarkt besonders stark und haben selbst bei verbesserter Wirtschaftslage nur geringe Chancen, wieder eine dauerhafte Beschäftigung zu finden.

Anteil Langzeitbeschäftigungsloser Arbeitsloser an allen Arbeitslosen, nach Personenmerkmalen

Jahresdurchschnitt 2019

Quelle: AMS



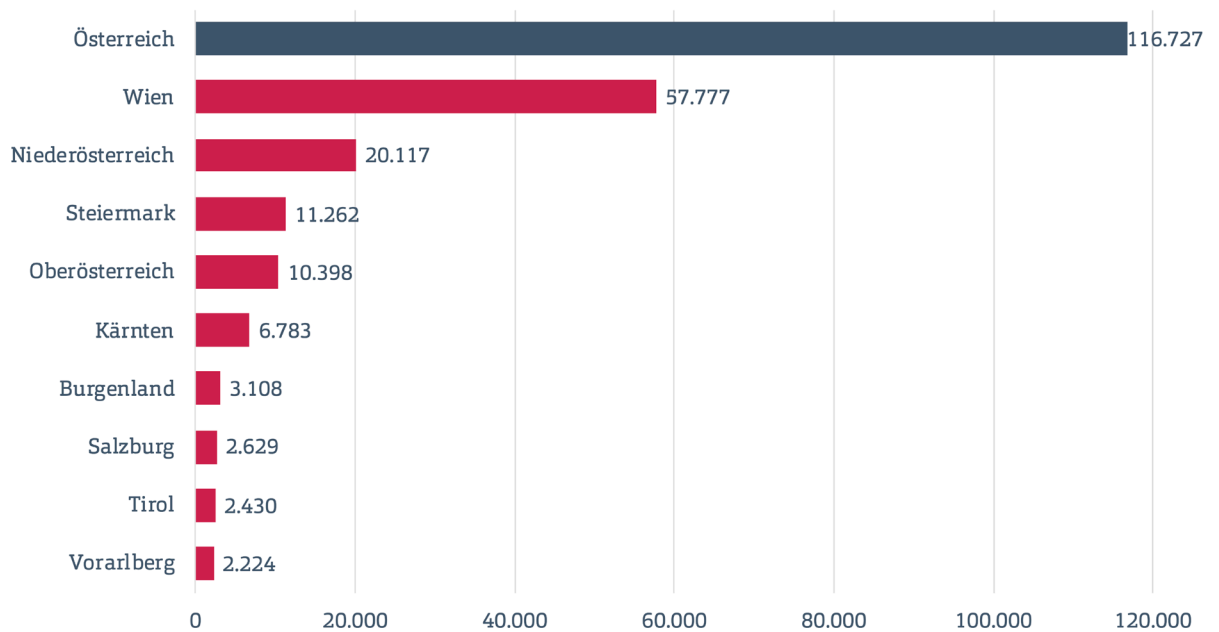
Lesehilfe: Im Jahr 2019 galten 32,7% aller Arbeitslosen als langzeitbeschäftigungslose Arbeitslose. In der Gruppe der über 60-Jährigen waren sogar 59,3% aller Arbeitslosen langzeitbeschäftigungslos.

Die Verteilung auf Bundesländer zeigt, dass rund die Hälfte langzeitbeschäftigungslosen Arbeitslosen in Wien lebt. Der prozentuelle

Anstieg war in der Bundeshauptstadt allerdings zuletzt geringer als im österreichweiten Schnitt und in den westlichen Bundesländern.

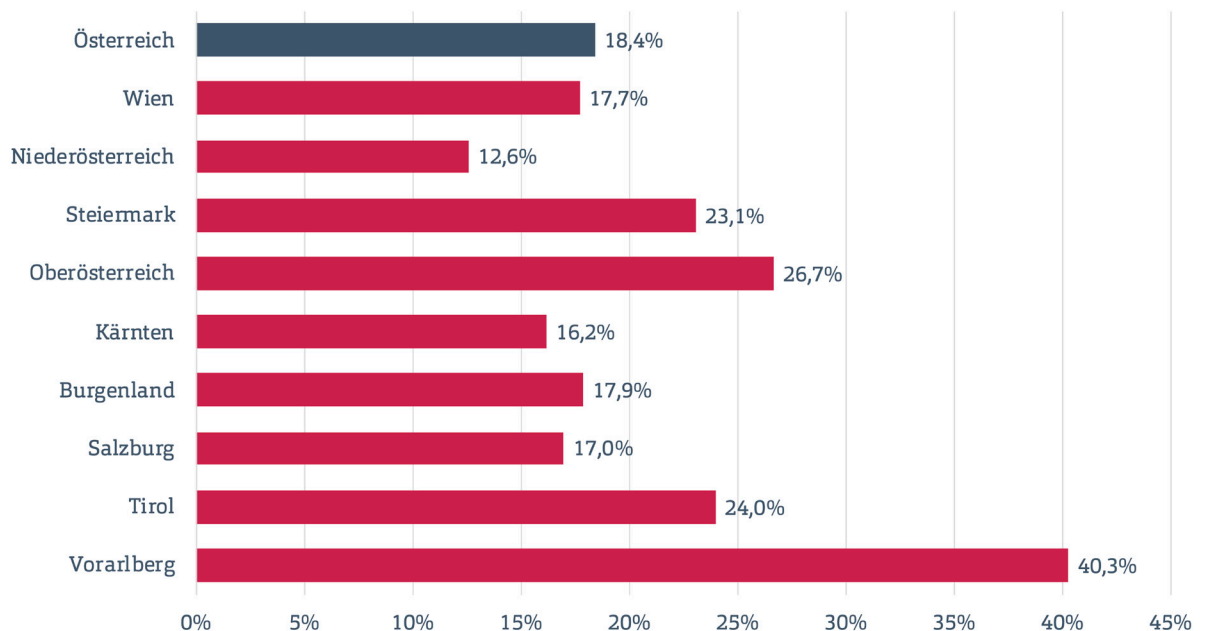
Langzeitbeschäftigungslose Arbeitslose 2020

Bestand
Quelle: AMS



Langzeitbeschäftigungslose Arbeitslose 2020

Veränderung zum Vorjahr in %
Quelle: AMS

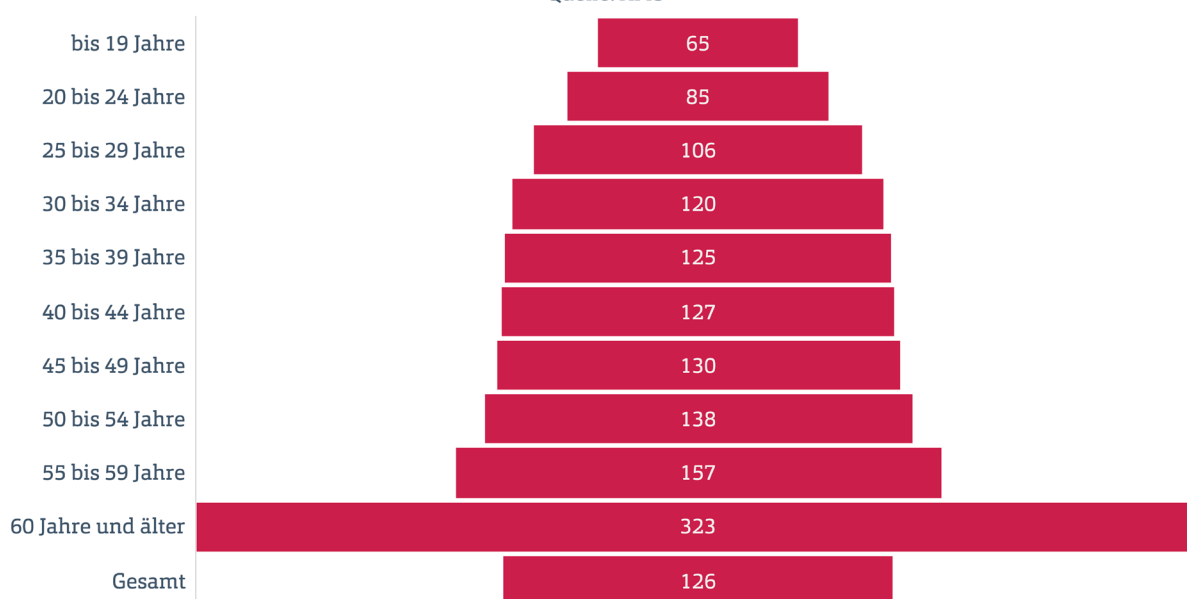


Neben der Zahl der Langzeitbeschäftigungslosen selbst steigt zudem auch deren Verweildauer in Arbeitslosigkeit. Besonders deutlich wird zudem der Zusammenhang zwischen Verweildauer und

Alter: Während jüngere Menschen unter 30 meist innerhalb von drei Monaten wieder einen Job finden, sind Ältere im Durchschnitt deutlich länger arbeitslos.

Durchschnittliche Verweildauer in Arbeitslosigkeit nach Altersgruppen

Jahresdurchschnitt 2020, in Tagen
Quelle: AMS



Anstieg der Langzeitbeschäftigungslosigkeit in der Corona-Pandemie

Die Corona Pandemie hat den österreichischen Arbeitsmarkt in eine tiefe Krise gestürzt. Seit dem Herbst 2020 steigt auch die Langzeitbeschäftigungslosigkeit wieder deutlich. Im Dezember 2020 überstieg die Zahl der Langzeitbeschäftigungslosen erstmals den bis dahin historischen Höchstwert aus dem Jahr 2016 und steigt auch seither ungebremst weiter.

Der Großteil der Langzeitbeschäftigungslosen ist älter als 55 und männlich. Es zeigt sich allerdings, dass vom Anstieg seit Ausbruch der Corona-Pandemie Menschen im Haupterwerbsalter überdurchschnittlich stark betroffen sind: Bei den über 55 Jährigen lagen die Zuwächse seit März 2020 bei rund 17%, bei den 25 bis 44 Jährigen dagegen bei einem knappen Drittel (Momentum Institut 2021). Das verdeutlicht einmal mehr, dass es angesichts der angespannten Arbeitsmarktlage für viele Menschen nur schwer möglich ist, einen neuen Job zu finden.

Folgen von Langzeitbeschäftigungslosigkeit

Lange andauernde Erwerbsarbeitslosigkeit hat gravierende Folgen, sowohl für die Betroffenen als auch für die Gesellschaft. Für die Betroffenen bedeutet Arbeitslosigkeit ein geringeres Einkommen und damit ein höheres Risiko für Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung, psy-

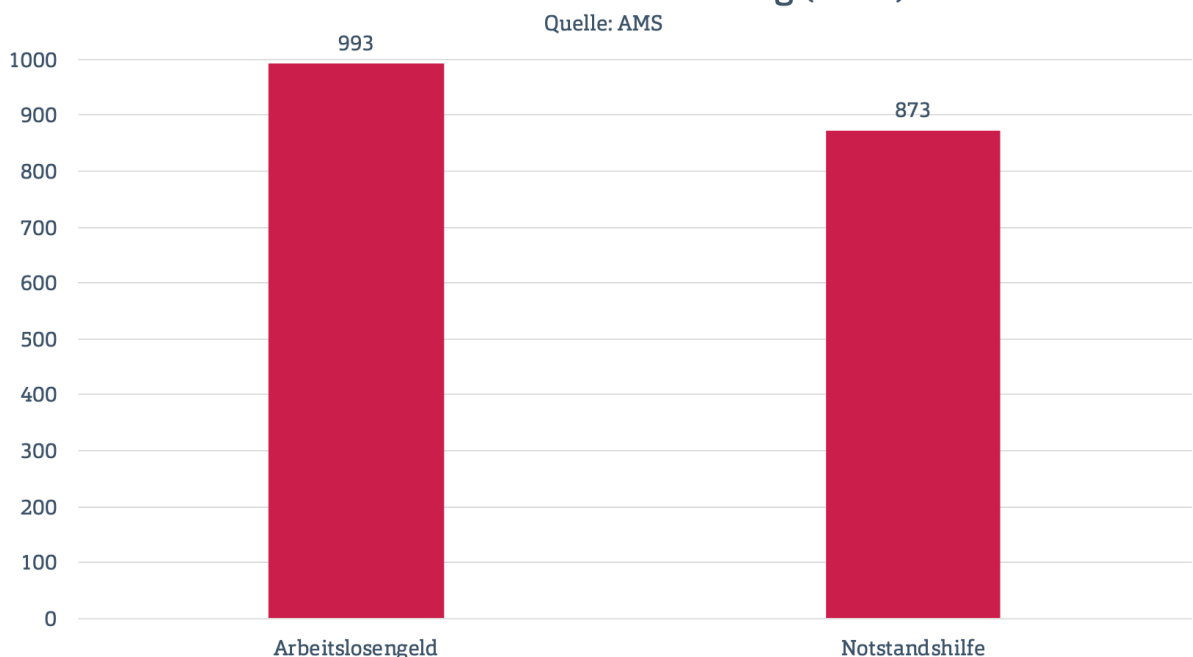
chische Belastungen und verminderte soziale Teilhabechancen. Wenn eine immer größere Gruppe von sozialen Teilhabechancen ausgeschlossen ist, so geht damit die Gefahr einer Entsolidarisierung und gesellschaftlicher Spaltung einher.

Armutsgefährdung

Arbeitslosigkeit ist ein Leben am Minimum. Das zeigt sich allein schon an den durchschnittlich ausbezahlten Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung: Im Jahr 2020 lag die durchschnittliche Tagsatzhöhe des Arbeitslosengelds bei 33,1 Euro bzw. bei rund 993 Euro monatlich, der durchschnittliche Tagsatz für die Notstandshilfe lag bei 29,1 Euro bzw. einem monatlichen Bezug

von rund 873 Euro. Der Unterschied zwischen Arbeitslosengeld und Notstandshilfe war im Jahr 2020 aufgrund der temporären Anhebung der Notstandshilfe etwas geringer als zuletzt. Beide Werte liegen trotzdem deutlich unter der Armutsgefährdungsgrenze von zuletzt 1.286 Euro monatlich für einen Einpersonenhaushalt (Statistik Austria 2020).

Durchschnittliche pro Monat ausbezahlte Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung (2020)



Anhebung der Notstandshilfe während der Corona-Pandemie

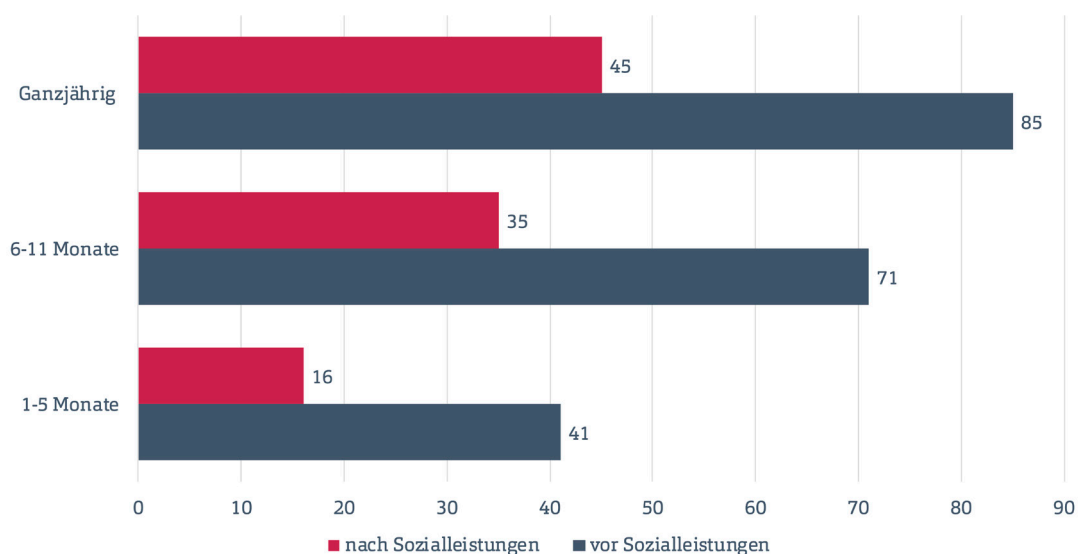
Angesichts der Rekordarbeitslosigkeit und der immer längeren Verweildauer in Arbeitslosigkeit durch die weiterhin angespannte Lage am Arbeitsmarkt wurde die Notstandshilfe mit dem 16. März 2020 auf die Höhe des zuletzt bezogenen Arbeitslosengeldes angehoben. Im Normalfall liegt die Höhe der Notstandshilfe zwischen 92% und 95% des zuletzt bezogenen Arbeitslosengeldes. Die Regelung zur Angleichung wurde mehrfach verlängert und läuft derzeit bis mindestens Ende Juni 2021.

Arbeitslosigkeit bedeutet für die Betroffenen große finanzielle Einbußen und eine Verschlechterung ihrer ökonomischen Situation. Daten aus der EU-SILC Erhebung, einer europaweiten Umfrage zu den Lebens- und Arbeitsbedingungen, zeigen außerdem deutlich, dass die Armutsgefährdung mit der Dauer der Arbeitslosigkeit deutlich zunimmt. 16 Prozent der Personen, die innerhalb des Referenzjahres (2018) bis zu fünf Monate erwerbsarbeitslos waren, galten als

armutsgefährdet. Das liegt drei Prozentpunkte über dem Durchschnitt. Bei einer Arbeitslosigkeitsdauer von sechs bis zwölf Monaten steigt dieser Wert auf 35 Prozent. Von jenen Menschen, die das ganze Jahr über arbeitslos waren, sind bereits 45% armutsgefährdet. Hier handelt es sich um die Werte nach sozialstaatlicher Umverteilung. Vor Sozialleistungen ist die Armutsgefährdung insbesondere für längerfristig Erwerbsarbeitslose deutlich höher.

Armutsgefährdung arbeitsloser Menschen nach Dauer der Arbeitslosigkeit, in %

Quelle: EU-SILC 2019



Lesehilfe: „Nach Sozialleistungen“ bezieht sich auf das Haushaltseinkommen nach Erhalt aller Sozialtransfers (bspw. Arbeitslosengeld, Familienbeihilfe). Die Armutsgefährdungsschwelle für einen Ein-Personen-Haushalt lag 2019 bei 1.286 Euro monatlich (12 Mal im Jahr). D.h. von ganzjährig Erwerbsarbeitslosen würden ohne Sozialleistungen 85% unter der Armutsgefährdungsschwelle leben; durch sozialstaatliche Umverteilung kann dieser Wert auf 45% reduziert werden.

Soziale Teilhabe

Arbeitslosigkeit ist ein zentraler Faktor für soziale Exklusion, sowohl in ökonomischer Hinsicht als auch in Bezug auf die subjektive Wahrnehmung von Zugehörigkeit. Neben der verschlechterten finanziellen Situation hat Erwerbsarbeitslosigkeit einen Einfluss auf psychosoziale menschliche Bedürfnisse, wie etwa Tagesstruktur und regelmäßige Aktivität sowie soziale Kontakte und das Gefühl, Teil eines größeren Ganzen zu sein. Der Verlust des Arbeitsplatzes bedeutet oft Stigmatisierung und ei-

nen Verlust des Selbstvertrauens. Die negativen Effekte von Erwerbsarbeitslosigkeit verstärken sich mit deren Dauer und dauern oft noch an, wenn die betroffene Person bereits wieder einen Arbeitsplatz gefunden hat. Politische Maßnahmen, die dauerhafte Erwerbsarbeit ermöglichen, haben daher besonders große Wirkung sowohl in Hinblick auf die finanzielle Sicherheit als auch auf das psychische und physische Wohlbefinden von Menschen (Pohlan 2018).

Politische Teilhabe

Die Wahlbeteiligung in Gruppen, die von der Gesellschaft benachteiligt werden, ist meist unterdurchschnittlich im Vergleich zur Gesamtbevölkerung. Dazu gehören Menschen, die in prekären Verhältnissen leben und von Armut oder lange andauernder Arbeitslosigkeit betroffen sind. Teilhabe ist auch eine Frage von Ressourcen: finanzielles Kapital und soziale Netzwerke sind in diesem Zusammenhang ebenso relevant wie Wissen, Kompetenzen und Selbstvertrauen (Hofinger 2019). Der Österreichische Demokratiemonitor 2020 zeigt, dass insbesondere Menschen im unteren Einkommensdrittel an Vertrauen in die Demokratie eingebüßt haben. Nur 35% der Befragten stimmen der Aussage, dass die Demokratie die beste Staatsform sei, voll und ganz zu. Im Jahr 2019 lag dieser Wert bei 47%. Das spiegelt möglicherweise die überproportionale große Betroffenheit von der Corona-Krise von Menschen mit geringem Einkommen wider (Zandonella 2020).

Eine im August 2017 veröffentlichte Studie in Deutschland hat die Motive von langzeiterwerbsarbeitslosen Nichtwähler*innen erforscht. Sie zeigt, dass die Entscheidung, nicht mehr an Wahlen teilzunehmen, nicht aufgrund von mangelndem Interesse getroffen wird, sondern häufig ein bewusstes politisches Statement ist. Es ist die letzte Konsequenz des Gefühls, nicht mehr zur Gesellschaft dazu zu gehören (Denkfabrik 2017). Eine vertiefende Folgestudie griff diese Motive nochmals auf und macht deutlich, dass von Langzeiterwerbsarbeitslosigkeit und Armut Betroffene sich nicht von der Politik gehört fühlen. Ihre Problemlagen werden nicht wahrgenommen und dementsprechend auch nicht vertreten (Denkfabrik 2019). Politik, die sich nur nach Gruppen richtet, die als relevant erachtet werden, ist ein demokratiepolitisches Problem. Nicht zuletzt deswegen braucht es mehr Möglichkeiten für politische Partizipation, aber auch ein System der Existenzsicherung, das soziale Teilhabe für alle ermöglicht.

Gesundheit

Der Zusammenhang zwischen Erwerbsarbeitslosigkeit, insbesondere wenn sie lange andauert, und schlechter Gesundheit ist wissenschaftlich deutlich belegt (Schmitz 2011). Der Zusammenhang kann in beide Richtungen wirken: Einerseits ist Erwerbsarbeitslosigkeit ein Stressfaktor, der zu einer Verschlechterung der physischen und psychischen Gesundheit führen kann (Sumner und Gallagher 2017). Das ist insbesondere für geringer formal Gebildete und unfreiwillig Erwerbsarbeitslose relevant (Pohlan 2018). Andererseits zeigt sich, dass Menschen

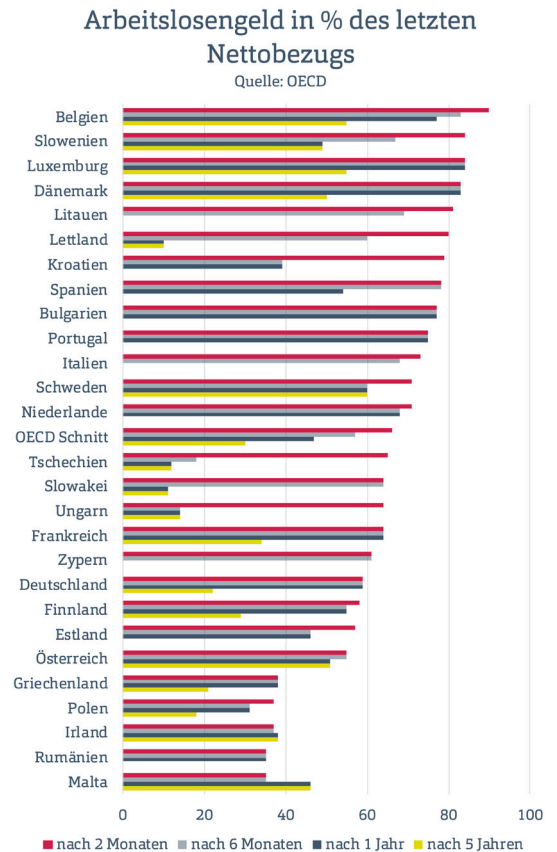
mit beeinträchtigter Gesundheit häufiger arbeitslos werden (Schmitz 2011). Etwa 20% der Arbeitslosen im Jahr 2020 wiesen eine gesundheitliche Beeinträchtigung oder Behinderung auf. Unter den Langzeitbeschäftigungslosen waren es mehr als 35% Prozent. Das zeigt deutlich, dass nicht alle Menschen unter den Bedingungen des regulären Erwerbsarbeitsmarkts arbeiten können. Es braucht gezielte Programme und Maßnahmen, um diese Gruppe nicht von der Teilhabe am Erwerbsleben auszuschließen.



Langzeiterwerbsarbeitslosigkeit im europäischen Vergleich

Die Langzeiterwerbsarbeitslosigkeit ist in Österreich im Europäischen Vergleich, trotz eines Anstiegs in den letzten Jahren, immer noch relativ niedrig. Im vierten Quartal 2019 galten in Österreich 25,5% der Arbeitssuchenden als langzeitarbeitslos. Dieser Wert liegt weit unter dem europäischen Durchschnitt von 41,7%. Der auf europäischer Ebene erhobene Wert basiert auf der jährlich durchgeführten Arbeitskräfteerhebung. Hier gelten jene Menschen als langzeitarbeitslos, die in einer Umfrage angeben, im Moment erwerbsarbeitslos zu sein und bereits mehr als ein Jahr nach einer neuen Erwerbsarbeit suchen. Mit dem Indikator der Langzeitbeschäftigungslosigkeit ist der europäische Wert daher nicht vergleichbar.

In Bezug auf das Arbeitslosengeld zeigt der europäische Vergleich, dass dieses in Österreich gering ist: Zu Beginn der Arbeitslosigkeit können 55% des letzten Nettoeinkommens bezogen werden, in Belgien sind es dagegen 90%. Allerdings nimmt die Bezugshöhe in Österreich nicht so stark ab wie in anderen Ländern: Auch nach fünf Jahren Arbeitslosigkeit liegt die Bezugshöhe noch bei ca. 51%, während in vielen anderen Ländern zu diesem Zeitpunkt bereits kein Anspruch mehr auf Arbeitslosengeld besteht. Zu bedenken ist allerdings, dass sich die Berechnungsgrundlagen in den verschiedenen Ländern unterscheiden und die Vergleichbarkeit deswegen eingeschränkt ist.



Lesehilfe: In Schweden beträgt das Arbeitslosengeld nach zwei Monaten 70% des letzten Nettobezugs, nach 6 Monaten sinkt es auf 60% des letzten Nettobezugs ab.

Exkurs I: Hartz IV

Zwischen 2003 und 2005 traten in Deutschland die vier „Gesetze für Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ in Kraft. Sie sind besser bekannt unter dem Namen „Hartz-Reformen“ und haben den deutschen Arbeitsmarkt grundlegend verändert. Die Bundesagentur für Arbeit (das Äquivalent zum österreichischen AMS) wurde umstrukturiert und der Arbeitsmarkt mittels der Erleichterung von neuen Formen von Arbeit und geringfügiger Beschäftigung („Minijobs“) flexibilisiert. „Berühmt“ wurde vor allem das „Vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ aus dem Jahr 2003, besser bekannt unter „Hartz IV“. Dieses regelt die Bezugsdauer und -höhe von Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung: Das einkommensabhängige Arbeitslosengeld I (ALG I) kann seither in der Regel nur noch für 12 bzw. maximal 18 Monate bezogen werden. Die Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe wurden in das einkommensunabhängige Arbeitslosengeld II (ALG II bzw. „Hartz IV“) zusammengeführt. Der Regelbedarf des ALG II wird jährlich angepasst und liegt für Alleinstehende im Jahr 2021 bei 446 Euro monatlich. Davon ausgehend werden

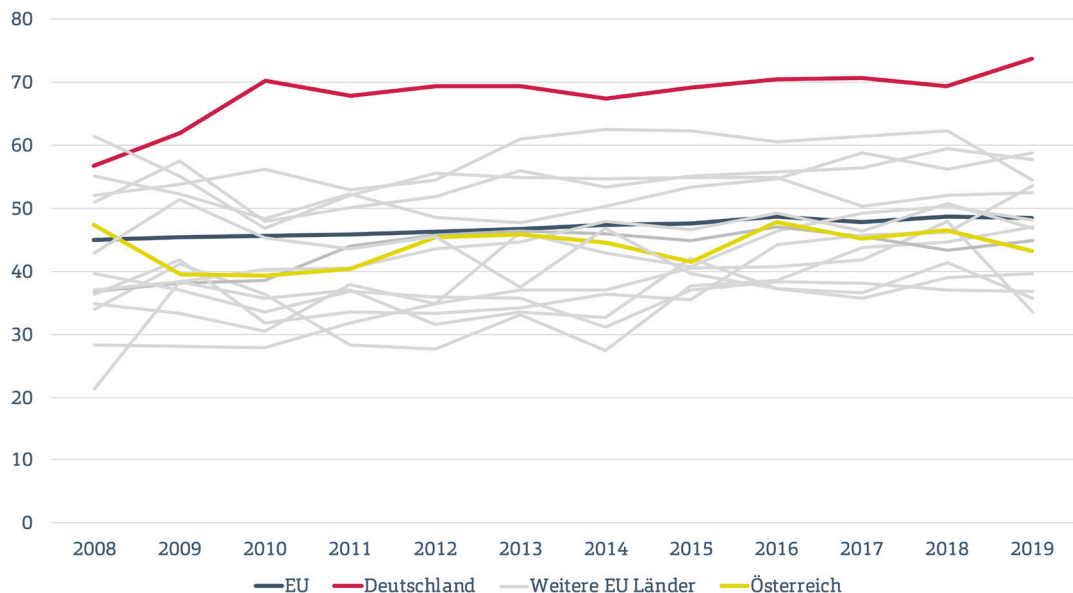
weitere Bedarfe berechnet, beispielsweise für Minderjährige im Haushalt oder Wohnbedarf. Zusätzlich wurden die Anspruchsvoraussetzungen und Kontrollmechanismen verschärft (Bundesagentur für Arbeit 2021; Bundeszentrale für Politische Bildung 2007).

Die Arbeitslosigkeit insgesamt in Deutschland ist seit Umsetzung der Reformen gesunken. Wie groß der Anteil vor allem von Hartz IV an diesem Rückgang war, ist umstritten. Gerade gering qualifizierte Menschen, die bereits vor der Umsetzung nur geringe Ansprüche hatten, weisen laut Studien keine erhöhte Wahrscheinlichkeit auf, durch den erhöhten Druck und die geringeren Leistungen wieder Arbeit zu finden (Launov und Wälde 2014).

Sehr deutlich ist aber, dass die Reformen zu einem schlechteren Lebensstandard für Langzeitbeschäftigungslose und deren Familien führten. Die Armutsgefährdung unter Erwerbsarbeitslosen ist in Deutschland so hoch wie in keinem anderen europäischen Land.

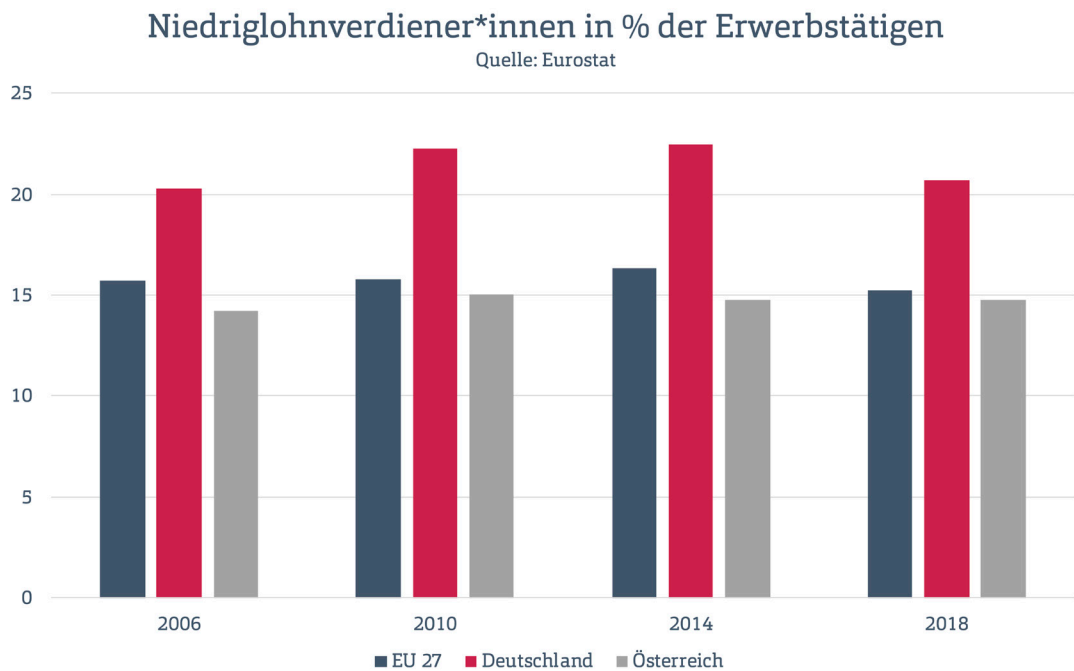
Armutsgefährdung von Arbeitslosen

Quelle: Eurostat



Gleichzeitig begünstigten die Hartz-Reformen die Entwicklung eines größeren Niedriglohns-sektors. Das ALG II war als zusätzliche Transferleistung zu einem niedrigen Einkommen konzipiert (Butterwegge und Hank 2019).

In kaum einem anderen Land gibt es so viele Niedriglohnbezieher*innen unter den Erwerbstätigen wie in Deutschland. „Niedriglohn“ bedeutet weniger als 60% des Medianstundenlohns.



Für die Betroffenen bedeutet das System Hartz IV die Gefahr langfristiger sozialer Ausgrenzung und Altersarmut. Insgesamt leistete das Gesetz also zwar möglicherweise ein Beitrag zur Senkung der Arbeitslosigkeit insgesamt,

hatte aber gleichzeitig einen negativen Einfluss auf das Reallohniveau und führte zu einem Anstieg von Armut und Armutsgefährdung (Butterwegge und Hank 2019).

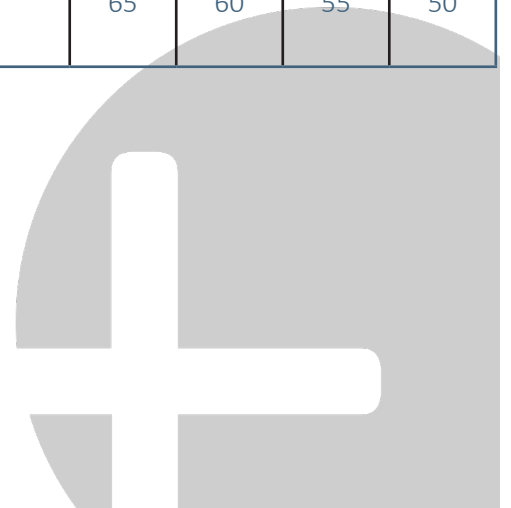
Exkurs II: Auswirkungen einer Abschaffung der Notstandshilfe in Österreich

Das österreichische Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO) hat berechnet, welchen Effekt eine mit den deutschen Reformen vergleichbare Neugestaltung des Arbeitslosengeldes in Österreich hätte (Christoph Badelt u. a. 2019). Im berechneten Szenario wären sowohl die Bezugshöhe des Arbeitslosengeldes als auch die maximale Bezugsdauer an die Beitragsmonate gebunden. Nach Auslaufen des Anspruchs wären die Bezieher*innen auf die bedarfsorientierte Mindestsicherung (BMS) bzw. Sozialhilfe angewiesen – mit allen Konsequenzen: Bei der BMS bzw. Sozialhilfe handelt es sich nicht mehr um eine Leistung aus der Arbeitslosen-

versicherung. Sie kann dementsprechend nicht auf Pensionszeiten angerechnet werden und bedeutet auch, dass Partner*inneneinkommen bei der Berechnung berücksichtigt werden. Darüber hinaus muss angespartes Vermögen bis zu einem Grundfreibetrag aufgebraucht werden. Das im Folgenden dargestellte Szenario ist eines von drei in der Studie berechneten Szenarien und geht von einem sehr restriktiven Modell des Arbeitslosengeldbezugs aus. Die Ergebnisse für die beiden anderen Szenarien zeigen etwas weniger gravierende Folgen für die Betroffenen, die negative Tendenz bleibt aber erhalten.

Bisherige Versicherungszeit (in Monaten)	Maximale Bezugsdauer (in Monaten)	Nettoersatzrate (Staffelung nach 6- 12- 18- 24 Monaten) in %			
< 12	0	0			
12- 24	6	50			
24- 60	12	55	50		
60- 120	18	60	55	50	
> = 120	24	65	60	55	50
> = 180 und > 50. Lebensjahr	unbegrenzt	65	60	55	50

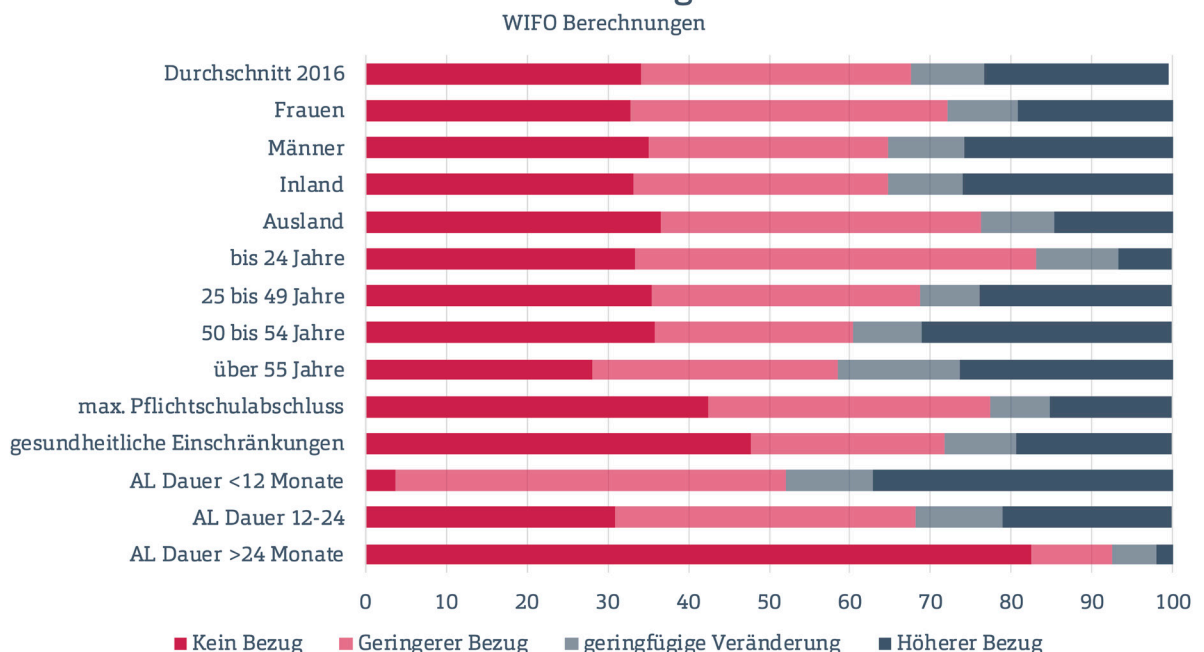
Szenario einer Arbeitslosengeldreform, Badelt et al. (2019), S. 51



Die Berechnung des WIFO zeigt, dass in diesem Szenario 34% der Bezieher*innen aus dem Jahr 2016 (Basisjahr der Berechnung) keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld hätten, weil sie entweder die Mindestversicherungszeit nicht erfüllen oder die maximale Bezugsdauer bereits ausgeschöpft haben. Besonders betroffen wären Menschen, die bereits 24 Monate oder länger arbeitslos sind. Mehr als 83% hätten im neuen Szenario keinen Anspruch mehr. Ebenfalls überproportional betroffen wären Menschen mit maximal Pflichtschulabschluss (42%) und gesundheitlichen Einschränkungen (52%). Nur ein Viertel der Leistungsbezieher*innen

würde ein höheres Arbeitslosengeld beziehen als unter geltender Rechtslage, 34% dagegen müssten mit einem geringeren Bezug auskommen als bisher. Damit wären in Summe rund 68% der Leistungsbezieher*innen schlechter gestellt als im derzeitigen System. Deutlich mehr Menschen müssten zudem bereits während des laufenden Arbeitslosengeldbezugs auch Sozialhilfe oder Mindestsicherung beziehen, um überhaupt den Ausgleichszulagenrichtsatz zu bekommen, nämlich 29% statt bisher 11%. Langzeitbeschäftigungslose wären besonders stark betroffen.

Veränderung der Leistungshöhe bei degressivem Arbeitslosengeld



Ein Anstieg der Armutsgefährdung vor allem unter Menschen mit geringer formaler Bildung und gesundheitlichen Einschränkungen wäre bei länger andauernder Arbeitslosigkeit in diesem Szenario vorprogrammiert. Dazu käme ein erhöhter Druck sowohl auf Arbeitssuchende als

auch auf Erwerbstätige, Erwerbsarbeit auch zu schlechten Bedingungen anzunehmen, um die notwendigen Anspruchsvoraussetzungen zu erfüllen oder ein Abrutschen in das System der Sozialhilfe zu vermeiden.

Erfahrungen aus den Sozialen Unternehmen

Geförderte Projekte zur Reintegration von Langzeitbeschäftigungslosen aus dem Netzwerk von arbeit plus zeigen, wie wichtig diese Angebote zur Unterstützung beim Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt für die individuellen Personen selbst, aber auch für die Gesellschaft gesamt sein können. Besonders in der aktuellen Krise zeigt sich, dass Soziale Unternehmen es vermögen, bei den Teilnehmer*innen dieser Maßnahmen den oben beschriebenen multiplen Belastungen aktiv entgegenwirken. Gleichzeitig erbringen sie durch ihre Innovationskraft im ökologischen und sozialen Kontext und ihr flexibles Reagieren für die Gesellschaft dringend notwendige Dienstleistungen. Die vielfältigen Wirkungen der Sozialen Unternehmen für ihre Zielgruppe und die Teilnehmer*innen sind im arbeit plus Wirkungsbericht umfassend dokumentiert (arbeit plus 2021).

Good Practice Beispiele aus den Tätigkeitsfeldern Sozialer Unternehmen gibt es dazu zahlreiche.

Eines davon ist etwa das Projekt „**Mein Schreibtisch tut Gutes**“ der Caritas Wien. Die Initiative ist ein herausragendes Beispiel dafür, wie ein Zusammenspiel aus geförderter Beschäftigung und Unternehmenskooperationen **öko-soziale Innovationen** hervorbringen und auch mannigfaltigen Ebenen positiven Impact erzeugen kann: Als 2018 die UniCredit Bank Austria ihr neues Headquarter bezog, ließ die Bank der Caritas der Erzdiözese Wien die größte Sachspende in der Geschichte der Hilfsorganisation zukommen. 20.000 Büro-Möbelstücke wurden der Caritas zur Verfügung gestellt und in Folge von Mitarbeiter*innen des Sozialen Unternehmens sortiert, gereinigt und in einem großen, von der ÖBB kostenlos zur Verfügung gestellten, Lager zum Verkauf angeboten. Gleichzeitig entstand somit für ehemals Langzeiterwerbsar-

beitslose die Chance, im Rahmen des Projektes einer geförderten Beschäftigung nachzugehen und somit beim Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt Unterstützung zu finden. Welche neuen Perspektiven sich für diesen Mitarbeiter*innen durch die geförderte Beschäftigung, u.a. im Rahmen der Aktion 20.000, daraus ergaben, ist in der Video-Dokumentation #Aktion20000 festgehalten (arbeit plus und AK Wien 2019). Neben den individuell neu entwickelten Perspektiven der Mitarbeiter*innen erzielt das Projekt zusätzlichen Nutzen auf ökologischer und sozialer Ebene: 330 LKW-Ladungen an Möbeln wurden der Kreislaufwirtschaft zugeführt, anstatt entsorgt zu werden und die Erlöse des Verkaufs der Möbel kommen der Caritas Sozialberatung sowie Kindern und Jugendlichen in Not zugute. Aufgrund des großen Erfolges der Initiative konnte das Carla Depot gegründet und somit die Aktion in ein laufendes Projekt überführt werden.

Neben diesem Paradebeispiel eines gelungenen Projektes, das es vermag, sowohl ökologische als auch soziale Nachhaltigkeit zu schaffen, sind es – verstärkt durch die Pandemie-bedingten Dynamiken – besonders Projekte im Bereich **digitaler Inklusion & Arbeitsmarkt**, die sich als wertvoll, wirksam und wichtig erweisen. Sie kommen sowohl den Anforderungen des Arbeitsmarktes als auch jenen der immens hohen Zahl an Langzeiterwerbsarbeitslosen entgegen. Durch das vorangegangene Engagement Sozialer Unternehmen im Kontext digitaler Inklusion konnten bestehende Initiativen und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen verstärkt und ausgebaut und neue entwickelt werden.

Das Kärntner Soziale Unternehmen **4ever-young.at** hat bereits früh den dringlichen Bedarf an Angeboten, die digitale Inklusion befördern, erkannt. Im Rahmen des Gemein-

nützigen Beschäftigungsprojektes komputa werden etwa finanziell geförderte Computerkurse, Beratungen und technischer Support sowie Hard- und Software-Services angeboten sowie gebrauchte Computer, Handys und Peripheriegeräte gesammelt und repariert. Mit diesem Werkzeug können benachteiligte Menschen sattelfest am PC und damit arbeitsfit werden. Aus den nicht mehr verwertbaren Teilen werden stylischer Schmuck, Uhren und Gebrauchsgegenstände gefertigt. Die Reste werden genauestens sortiert und umweltgerecht entsorgt. In Form von Eingliederungsarbeitsplätzen arbeiten Jugendliche und Ältere zusammen. Somit wird einerseits zur ökologischen Nachhaltigkeit in Bezug auf IT-Geräte beigetragen, armutsgefährdeten Personen wird durch die Kurs- und Beratungsangebote digitale Inklusion ermöglicht und zusätzlich wird – in einer Kombination aus Lernen & Arbeiten – noch ein Mehrwert an Wissenstransfer und gesellschaftlichem Zusammenhalt in Form von generationenübergreifendem Arbeiten geschaffen. Weitere aktuelle Projekte Sozialer Unternehmen, die innovativ auf den erhöhten Bedarf an Digitalisierungs-Initiativen reagieren finden sich in der Datenbank Sozialer Unternehmen auf der Website von arbeit plus unter dem Schlagwort „digi“.

Besonders in strukturschwachen Regionen, in denen Menschen vermehrt von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind, leisten Soziale Unternehmen, die auf Regionalität und Nachhaltigkeit setzen, einen wichtigen Beitrag. Mit ihren zeitlich befristeten Beschäftigungsmodellen, Beratung und Qualifizierungsmaßnahmen wirken sie nicht nur der Langzeitarbeitslosigkeit entgegen, sondern stärken auch die Regionen in ihrem Bemühen, auf regionale Hochwertigkeit zu setzen.

Ein herausragendes Beispiel, das im Zuge der Covid-19 Krise seine sozio-ökologische Innovationskraft unter Beweis gestellt hat, ist die Näherei von **lebmit & bunttex** im Waldviertel.

lebmit & bunttex ist ein Beschäftigungsprojekt für langzeitarbeitslose Frauen, Wiedereinsteigerinnen und Frauen mit besonderen Bedürfnissen zur Integration in den Arbeitsmarkt. In unterschiedlichen Bereichen, wie etwa dem Einzelhandel oder einer Näherei, werden Frauen dabei unterstützt, wieder im Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Besondere Innovationskraft bewies das Unternehmen gleich zu Beginn der Covid-19 Krise im Frühjahr 2020: lebmit & bunttex schloss sich der **arbeit plus #maskforce** an und leistete somit einen wichtigen Beitrag im Zusammenschluss Sozialer Unternehmen im Netzwerk von arbeit plus, der sich spontan organisiert hatte, um dem verstärkten Bedarf an Mund-Nasen-Schutzmasken entgegenzukommen und auch größere Produktionsmengen bewältigen zu können. Die Näherei im Waldviertel sattelte spontan und bedarfsorientiert auf die Herstellung von MNS-Masken um und konnte somit nicht nur einen wertvollen Beitrag zur Eindämmung der Pandemie leisten, sondern auch Arbeitsplätze sichern, indem – gemäß der öko-sozialen Werte des Unternehmens – nachhaltige, wiederverwendbare MNS produziert wurden. Die Geschäftsführerinnen von lebmit & bunttex bringen es auf den Punkt: „Die MNS-Maskenproduktion gibt unseren Teilnehmerinnen das Gefühl etwas Sinnvolles, wirklich Gebrauchtes herzustellen. Seit langer Zeit wieder einmal waren die Näherinnen des Waldviertels sehr gesucht und wichtig.“

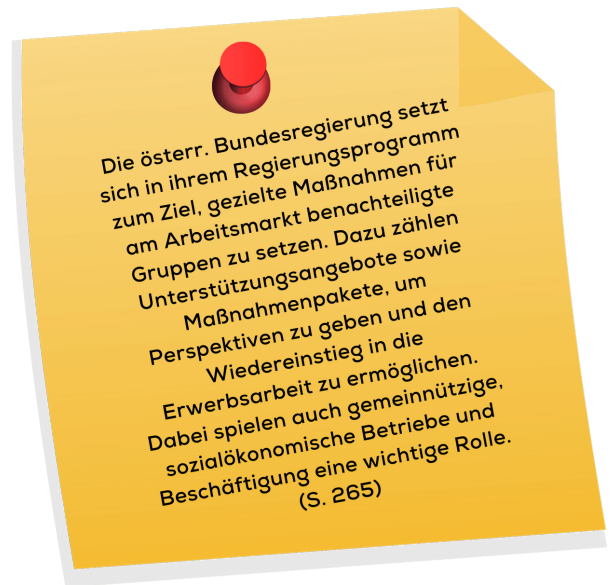
Die **Kombination aus Nachhaltigkeit, Regionalität und sozial-ökologischer Verträglichkeit** zeichnet viele Unternehmen im Netzwerk von arbeit plus aus. Sie verfügen über Erfahrungswerte und den nötigen Innovationsgeist, um sich den aktuellen Herausforderungen zu stellen.

arbeit plus fordert:

1. In Aktive Arbeitsmarktpolitik investieren

Die Corona-Krise hat die größte Arbeitsmarktkrise in der Geschichte der Zweiten Republik ausgelöst. Im April 2020, dem bisherigen Höhepunkt der Krise, waren 600.000 Menschen ohne Job. Besonders dramatisch ist aber der Anstieg der Langzeitbeschäftigungslosigkeit. Im März 2021 waren mehr als 190.000 Menschen langzeitbeschäftigungslos und damit langfristig vom Erwerbsarbeitsmarkt ausgeschlossen. In der angespannten Lage am Erwerbsarbeitsmarkt wird es für sie mit wachsender Dauer ihrer Arbeitslosigkeit immer schwieriger eine neue Stelle zu finden. Weiterqualifizierungsmaßnahmen sind angesichts der multiplen Problemlagen nicht immer das richtige Instrument. Für viele Menschen ist gezielte Begleitung, beispielsweise mittels geförderter Beschäftigung, der erfolgversprechendere Ansatz zur Arbeitsmarktintegration.

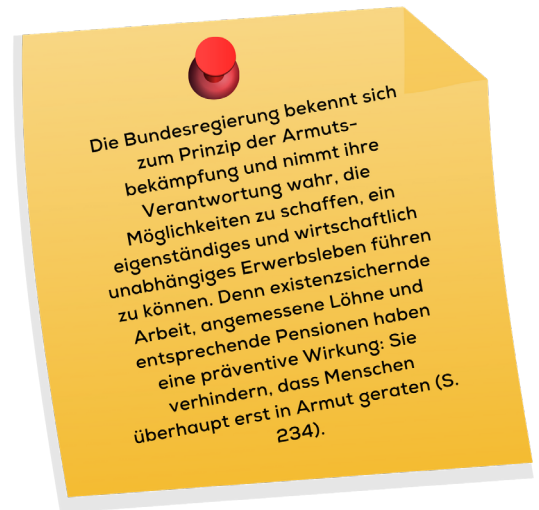
- **Aktive Arbeitsmarktpolitik**, insbesondere Beschäftigungspolitik, muss in den nächsten Jahren **politische Priorität** haben. Es ist zu befürchten, dass es zu einer verfestigten Langzeitbeschäftigungslosigkeit im weiteren Verlauf der Krise kommt. Dem muss die Politik entschieden entgegengetreten, beispielsweise mit Programmen von dauerhafter öffentlich geförderter Beschäftigung. Internationale Programme wie auch Maßnahmen in einzelnen Bundesländern zeigen, wie solche Programme gestaltet sein können, etwa das Teilhabechancengesetz in Deutschland oder die Joboffensive 50+ in Wien.
- Der mehrjährige Bundesfinanzrahmen sieht derzeit ab 2022 sinkende Budgets für das AMS und damit für aktive Arbeitsmarktpolitik vor. arbeit plus fordert eine deutliche Revision dieser Vorgaben und eine der aktuellen Herausforderungen **adäquaten Erhöhung des AMS-Förderbudgets**, um der massiv gestiegenen Arbeitslosigkeit und insbesondere der Langzeitbeschäftigungslosigkeit zu begegnen.
- arbeit plus fordert neben dem wichtigen Fokus auf Qualifizierung den weiteren, dauerhaften **Ausbau der Corona-Joboffensive im Beschäftigungsbereich**, um gerade in der Krise möglichst vielen Menschen neben Qualifizierungsmaßnahmen auch eine existenzsichernde Beschäftigung bieten zu können. Das im Regierungsprogramm festgehaltene Versprechen, Mittel für Soziale Unternehmen zu sichern, muss eingehalten werden.
- Es muss sichergestellt werden, dass die **Weiterbildungsangebote** der Corona-Joboffensive allen offen stehen und insbesondere auch **von benachteiligten Gruppen genutzt werden**. Dazu müssen diese direkt angesprochen und aktiv eingebunden werden. Darüber hinaus braucht es einen Fokus auf Aus- und Weiterbildung in nicht-genderstereotypen Berufsbildern.



2. Den Lebensstandard von Langzeitbeschäftigungslosen sichern

Im März 2021 waren bereits beinahe 150.000 Menschen als langzeitbeschäftigungslose Arbeitslose beim AMS gemeldet, weitere 40.000 Menschen, die an Schulungen teilnahmen, galten ebenfalls als langzeitbeschäftigungslos. Damit waren insgesamt mehr als 190.000 Menschen seit mehr als einem Jahr in verfestigter Erwerbsarbeitslosigkeit. Für sie ist existenzsichernde sozialstaatliche Absicherung essentiell. Eine Abschaffung der Notstandshilfe würde die Mehrheit dieser Menschen in die Sozialhilfe drängen, mit allen negativen Folgen: auch geringe Vermögen wie Pensionsvorsorge oder Bausparverträge müssten aufgebraucht werden, das Partner*inneneinkommen würde angerechnet, durch noch niedrigere Pensionsbezüge wäre Altersarmut vorprogrammiert. Armutsbekämpfung muss, wie im ersten Ziel für Nachhaltige Entwicklung (SDG 1) der Vereinten Nationen verbrieft, auch in Österreich oberste Priorität haben.

- arbeit plus setzt sich dafür ein, erwerbsarbeitslosen Menschen ein **existenzsicherndes Einkommen zu garantieren**. Die Erfahrungen mit Hartz IV aus Deutschland haben gezeigt, dass geringe Leistungen und erhöhter Druck auf Arbeitssuchende zu Armutsgefährdung, Niedriglöhnen und schlechten Arbeitsbedingungen führen. Die Notstandshilfe muss – gerade angesichts der Krise – unbedingt beibehalten werden.
- Im Sozialhilfe-Grundsatzgesetz ist Arbeitsmarktintegration von Bezieher*innen als Ziel formuliert. Gleichzeitig wurden aber die Mittel, um dieses Ziel zu erreichen, gekürzt. Es fehlt an Ressourcen und Strukturen für eine sinnvolle Anbindung der Sozialhilfe an arbeitsmarktpolitische Angebote. Die neue Sozialhilfe verschlechtert also nicht nur den Lebensstandard der Betroffenen, sondern erschwert zusätzlich noch Teilhabe am Erwerbsleben. arbeit plus fordert, **das Sozialhilfe-Grundsatzgesetz zu reformieren**, um den **wachsenden Herausforderungen der Armutsvermeidung durch die Pandemie gerecht zu werden**.

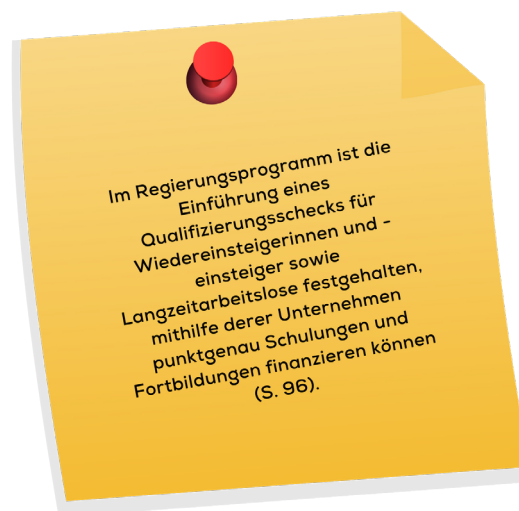


Die Ziele für Nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen (Sustainable Development Goals – SDGs)

Die Ziele zur Nachhaltigen Entwicklung der Vereinten Nationen (Sustainable Development Goals – SDGs) bieten einen international anerkannten Referenzrahmen für den Beitrag von Staaten und Organisationen zur sozialen, ökologischen und ökonomischen Transformation. Die Ziele sind sehr umfassend und reichen von der Bekämpfung von Armut über die Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit bis hin zu nachhaltiger Nutzung endlicher Ressourcen. Die Sozialen Unternehmen leisten einen wichtigen Beitrag zur Umsetzung von vielen der formulierten Ziele.

3. Arbeiten und Lernen verbinden

Die Corona-Krise hat die Digitalisierung nochmals beschleunigt und zeigt sehr deutlich, dass damit neue Chancen, aber auch neue Herausforderungen an Arbeitnehmer*innen einhergehen. Insbesondere werden regelmäßige Weiterbildungen und das Lernen neuer Anwendungen und Prozesse notwendig. Für viele Menschen, die bereits länger aus dem Erwerbsarbeitsmarkt ausgeschlossen sind, stellen diese Anforderungen große Hürden dar. Daher braucht es gezielte Maßnahmen und Angebote, um möglichst allen Menschen Teilhabe am Erwerbsleben und soziale Teilhabe zu ermöglichen. Hochwertige Bildung (SDG 4) leistet einen wesentlichen Beitrag zu nachhaltiger Entwicklung.

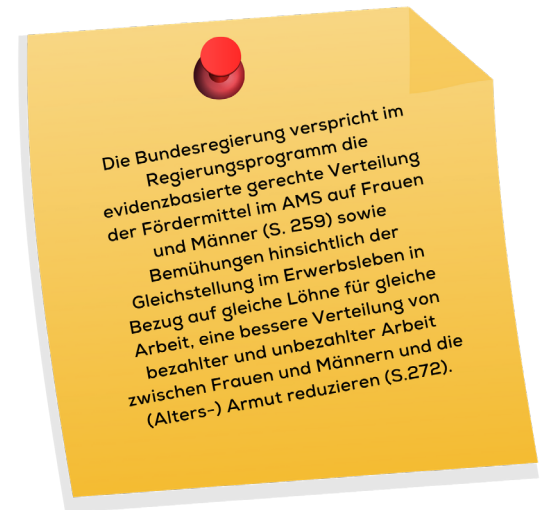


- Die Sozialen Unternehmen im Netzwerk von arbeit plus erproben seit Jahrzehnten Modelle, die arbeiten und lernen miteinander verbinden und so **praxisnahe, bedarfsorientierte Weiterbildung** ermöglichen. arbeit plus fordert einen **Ausbau solcher Modelle mit Schwerpunkt auf digitale Kompetenzen und green skills**, insbesondere für langzeitbeschäftigungslose Menschen.
- Die Corona-Joboffensive ermöglicht in bis Ende 2022 bis zu 100.000 Menschen eine Weiterbildung in Zukunftsbranchen. arbeit plus schlägt vor, das Modell zu ergänzen und eine **gezielte Weiterbildungsoffensive im Bereich der Basisbildung für Menschen mit geringen formalen Qualifikationen** zu fördern und mit geförderten Beschäftigungsangeboten zu verknüpfen.
- Die **Qualifizierung in Zukunftsbranchen** sowie die **Förderung von green skills und Kompetenzen im Sozial- und Gesundheitsbereich** muss in allen arbeitsmarktpolitischen Angeboten Priorität haben. arbeit plus schlägt vor, Modelle zu umzusetzen, die Arbeitssuchenden die Entscheidung für eine solche Qualifizierung erleichtert. Ein Good Practice Beispiel ist das neue Stipendienmodell im Rahmen des Programms „Job plus Ausbildung“ der Stadt Wien und des waff: Arbeitssuchende, die sich für eine länger als 12 Monate dauernde Ausbildung im Gesundheits- und Pflegebereich entscheiden, erhalten zusätzlich zum Arbeitslosengeld monatlich 400 Euro.



4. Sozial und ökologisch nachhaltige Beschäftigung fördern

Geförderte Beschäftigung ist ein wichtiges Mittel zur Abfederung der Krisenfolgen, Bekämpfung der Langzeitbeschäftigungslosigkeit und für den notwendigen Strukturwandel der Arbeitswelt. Diese muss sowohl sozial als auch ökologisch nachhaltig sein. Gute Arbeit (SDG 8) und nachhaltige Produktion & Konsum (SDG 12) müssen in der Gestaltung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen zusammen gedacht werden. Es gibt viel Bedarf an gesellschaftlich relevanten und auch langfristig notwendigen Tätigkeiten, die zur nachhaltigen Ressourcennutzung beitragen.



- Viele Soziale Unternehmen sind in der **Kreislaufwirtschaft** – ReUse, Reparatur, Re- und Upcycling – tätig. Dabei handelt es sich um Branchen, die einen wichtigen **Beitrag zu ökologischer Nachhaltigkeit** leisten und **gleichzeitig langzeitbeschäftigungslosen Menschen wieder eine Perspektive zu bieten**. Hier braucht es in den nächsten Jahren einen weiteren Ausbau und die **Möglichkeit von langfristiger geförderter Beschäftigung**. Um das zu realisieren, ist eine verstärkte **ressortübergreifende Zusammenarbeit** in der Planung und Finanzierung unverzichtbar. **arbeit plus** schlägt vor, in den nächsten Jahren **500 Millionen Euro bereitzustellen um Pilotprojekte für dauerhafte Arbeitsplätze für besonders arbeitsmarktferne Gruppen** (inkl. Lohnkosten bzw. Lohnnebenkosten) in der Kreislaufwirtschaft/kommunalen und sozialen Dienstleistungen zu ermöglichen.
- Die Krise hat einmal mehr die Relevanz von regionaler Infrastruktur verdeutlicht: Es braucht **Begegnungsräume, Mobilitätsangebote, Nahversorgung**. Um diesen Anforderungen gerecht zu werden, muss die öffentliche Hand geförderte **Arbeitsplätze in diesen Bereichen fördern bzw. schaffen und angemessen bezahlen**.
- Care-Arbeit – wie etwa Pflege oder Kinderbetreuung – ist die Grundvoraussetzung für alle anderen Formen von Arbeit und damit explizit nachhaltig. **Die bezahlte Care-Arbeit muss auch am Erwerbsarbeitsmarkt einen höheren Stellenwert erhalten**. Die Weiterbildungsmaßnahmen im Rahmen der Corona Joboffensive sind ein erster wichtiger Schritt dafür. Gleichzeitig müssen Care-Tätigkeiten **attraktiver gestaltet und höher entlohnt** werden, als das bisher der Fall ist, um ihrer Relevanz gerecht zu werden.

5. Gleichstellung umsetzen

Frauen sind am Arbeitsmarkt strukturell benachteiligt: Sie sind in schlecht bezahlten Branchen überrepräsentiert und meist aufgrund von Betreuungspflichten häufiger in Teilzeit erwerbstätig. Das spiegelt sich in einem erhöhten Armutsgefährdungsrisiko insbesondere von alleinerziehenden und älteren Frauen wider. Diese strukturelle Benachteiligung zeigt sich angesichts der Krise besonders deutlich. Frauen sind insgesamt stärker betroffen als Männer. Das liegt unter anderem daran, dass sie nicht nur häufiger in von der Krise besonders betroffenen Branchen wie Tourismus oder Gastronomie arbeiten, sondern auch öfter in atypischen oder prekären Beschäftigungsverhältnissen tätig sind. Gleichzeitig sind Frauen überdurchschnittlich stark betroffen von den zusätzlichen Belastungen, die Home Office, Home Schooling und der Wegfall von Kinderbetreuungsmöglichkeiten mit sich bringen.

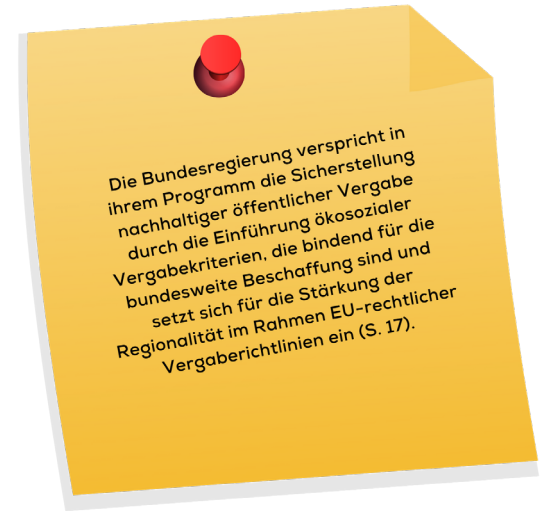
Sowohl der prozentuelle Anstieg der Arbeitslosigkeit als auch jener der Langzeitbeschäftigungslosigkeit gegenüber dem Vorjahr fiel bei Frauen deutlicher aus als bei den Männern: Im Jahr 2020 stieg die Arbeitslosigkeit bei den Frauen um 37,8%, bei den Männern um 34,4%. Es gab 2020 um 22,1% mehr langzeitbeschäftigungslose arbeitslose Frauen; bei den Männern waren es 15,7% mehr. Angesichts des Umstands, dass Frauen immer noch weniger häufig erwerbstätig sind und damit auch in absoluten Zahlen weniger Arbeitslose stellen, ist das eine besorgniserregende Entwicklung, der entgegengesteuert werden muss.

- In der Arbeitsmarktpolitik muss Gleichstellung weiter konsequent verfolgt werden. Dazu gehört insbesondere die **Zweckwidmung von mindestens 50% des arbeitsmarktpolitischen Budgets für Frauen.**
- Gleichstellungspolitik muss in allen Politikbereichen, vorangetrieben werden. Um Gleichstellung auch am Arbeitsmarkt zu erreichen, ist ein **Ausbau der öffentlichen Infrastruktur**, insbesondere in den Bereichen Kinderbetreuung und Pflegedienstleistungen in vielen Regionen Österreichs, notwendig. Diese Maßnahmen sind nicht zuletzt zur Erreichung von SDG 5 – Geschlechtergleichheit notwendig.



6. Arbeit umverteilen und neu definieren

Die Corona-Krise zeigt in vielerlei Hinsicht, dass unsere derzeitige Organisation und Verteilung von Arbeit nicht zukunftsfähig sind: Ein großer Anteil von notwendiger Care-Arbeit wird entweder von Frauen unbezahlt geleistet oder aber wiederum zumeist an Frauen ausgelagert und nur gering entlohnt. Es gibt eine Ungleichverteilung von Erwerbsarbeitszeit zwischen Menschen, die zu viele Erwerbsarbeitsstunden leisten (müssen) und Langzeitbeschäftigungslosen, zwischen den Geschlechtern und zwischen den Lebensphasen. Die Krise hat nicht nur diese Ungleichheiten, sondern auch die Relevanz von Arbeit, die nicht als Erwerbsarbeit gilt und deswegen oft unsichtbar bleibt, verdeutlicht.



- arbeit plus setzt sich dafür ein, **gesellschaftlich notwendige Arbeit besser zu verteilen, sichtbar zu machen und angemessen zu bezahlen**. Im Bereich von Kreislaufwirtschaft und Care-Arbeit gibt es großes Potential, nachhaltige Jobs für Langzeitbeschäftigungslose zu schaffen, die ihnen eine neue Perspektive bieten und gleichzeitig gesellschaftlich wertvoll sind.
- arbeit plus tritt für eine Neudefinition von Arbeit ein, die **neben der Erwerbsarbeit auch die Care-Arbeit berücksichtigt**. Für eine zukunftsfähige Arbeitswelt muss ihr auch seitens der Arbeitsmarktpolitik eine größere Bedeutung zugestanden werden.
- **Erwerbsarbeitszeit muss sich an den Lebensphasen von Menschen orientieren**. In manchen Ländern (bspw. Niederlande) bestehen bereits flexible Lebensarbeitszeitmodelle. Eine Arbeitszeitverkürzung kann ein wichtiger Schritt hin zu einer Umverteilung von Arbeit und einer nachhaltigeren Arbeitswelt sein. Mittelfristig setzt sich arbeit plus für eine generelle Arbeitszeitverkürzung ein.

7. Partizipation ermöglichen

Lang andauernde Erwerbsarbeitslosigkeit hat weitreichende Folgen, nicht nur für die Betroffenen, sondern auch für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Erwerbsarbeitslosigkeit bedeutet nämlich nicht nur den Verlust von Einkommen, sondern auch Stigmatisierung und verminderte soziale Teilhabe. Langzeitbeschäftigungslose beteiligen sich beispielsweise, wie auch andere marginalisierte Gruppen, seltener an Wahlen.

- arbeit plus fordert politische Entscheidungsträger*innen auf, **politische Partizipation marginalisierter Gruppen zu fördern** und zu erleichtern und setzt sich für eine **gezielte Einbindung von Betroffenen** ebenso wie **der Zivilgesellschaft** ein.
- Es braucht ein **Mitspracherecht der betroffenen Personen bei der Auswahl von geeigneten arbeitsmarktpolitischen Angeboten**. Das stellt sicher, dass deren Bedürfnisse und Fähigkeiten im Mittelpunkt stehen und sorgt dafür, dass die Sozialen Unternehmen ihren arbeitsmarktintegrativen Auftrag erfüllen können.

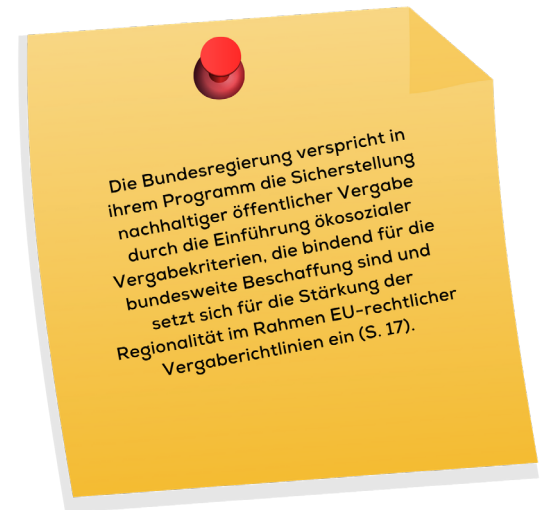
8. Arbeitsmarktpolitik für alle Altersgruppen gestalten

Menschen an den „Randzeiten“ des Erwerbslebens hatten es bereits vor der Corona-Krise vergleichsweise schwer, am Erwerbsarbeitsmarkt (wieder) Fuß zu fassen und sind dadurch von der Krise besonders betroffen. Die Jugenderwerbsarbeitslosigkeit war 2020 mit 9,3 Prozent so hoch wie nie zuvor; die steigende Langzeitbeschäftigungslosigkeit trifft vor allem ältere Arbeitnehmer*innen: in der Gruppe der 55- bis 59-Jährigen ist beinahe die Hälfte aller Erwerbsarbeitslosen langzeitbeschäftigungslos, bei den über 60-Jährigen sind es fast 69%.

- Jugendliche und junge Erwachsene brauchen Raum, um zu lernen und die Möglichkeit für persönliche und berufliche Entwicklung. Deswegen ist es notwendig, einen **niedrigschwelligen Zugang** zu bestehenden Angeboten (bspw. Jugendcoaching, AusbildungsFit) zu gewährleisten und vorausschauend **den Ausbau von Qualifizierung in Zukunftsbranchen** voranzutreiben.
- Für ältere Arbeitnehmer*innen wenige Jahre vor dem gesetzlichen Pensionsalter braucht es Modelle, die gute Arbeit bis zum Pensionsantritt ermöglichen. Dazu gehört neben einem **Ausbau der Altersteilzeit** auch die verstärkte **Schaffung von Pensionstranstellen in den Sozialen Unternehmen**. Davon profitieren insbesondere Menschen, die es aufgrund ihres Alters und längerfristiger Erwerbsarbeitslosigkeit de facto kaum Chancen auf einen regulären ungeforderten Job am ersten Arbeitsmarkt haben.
- **Generationenübergreifende Teams und eine offene Unternehmenskultur** sind für Unternehmen ein Gewinn und sollten deswegen gestärkt werden. arbeit plus setzt sich für eine **Kultur der Wertschätzung** älterer Arbeitnehmer*innen und der Anerkennung ihres wertvollen Know-hows in den Sozialen Unternehmen und darüber hinaus ein und fordert von der Politik die Entwicklung förderlicher Programme in dieser Hinsicht.

9. Kooperationen stärken & Regionalität berücksichtigen

Die konkreten Herausforderungen und Bedarfe hinsichtlich der Bekämpfung von Langzeitbeschäftigungslosigkeit unterscheiden sich erheblich zwischen den einzelnen Bundesländern, ländlichen Regionen, kleinen und mittleren Städten und der Großstadt Wien. Gleichzeitig gibt es regional unterschiedliche Strukturen und Potentiale. Diese Unterschiede müssen berücksichtigt werden, können aber gleichzeitig in der Konzeption und Umsetzung passender politischer Maßnahmen und Programme genutzt werden. Die Sozialen Unternehmen sind in den Regionen verankert, in denen sie tätig sind, und damit ideale Ansprechpartner*innen für regional angepasste Angebote. In den kommenden Jahren ist arbeit plus von der ESF-Behörde damit beauftragt, ein Kompetenzzentrum für Soziale Innovation aufzubauen. Damit wird eine erste Anlaufstelle für innovative Projekte im in der Arbeitsmarktpolitik geschaffen.



- arbeit plus schlägt vor nach Vorbild der französischen „Regionen ohne Langzeitbeschäftigungslosigkeit“ Pilotregionen zu definieren, in denen mittels **der Schaffung sozial und ökologisch nachhaltiger Jobs** nicht nur Langzeitbeschäftigungslosigkeit eliminiert, sondern auch **regionale Infrastruktur** erhalten werden soll. Beispiele für solche Tätigkeiten sind u.a. Fahrtendienste, Nahversorgung, Alltagsbegleitung oder der Aufbau regionaler Begegnungsorte. Im Rahmen **partizipativer Prozesse können regionale Bedarfe ermittelt** und gezielt entsprechende Programme aufgebaut werden. Mit dem Modellprojekt Arbeitsplatzgarantie Marienthal (MAGMA) wurde im Herbst 2020 ein erstes solches Pilotprojekt in Gramatneusiedl (NÖ) gestartet. Die dort gesammelten Erfahrungen ermöglichen eine evidenzbasierte Ausweitung auf weitere österreichische Regionen.
- Zur Förderung von Beschäftigung und der Bekämpfung von Langzeitbeschäftigungslosigkeit ist eine enge **Kooperation zwischen allen relevanten Stakeholdern** notwendig: Die Zusammenarbeit zwischen Gemeinden, Soziale Unternehmen und Wirtschaftsbetriebe muss gestärkt und institutionalisiert werden.
- Mit dem Ziel, Arbeitsmarktintegration und soziale Kohäsion zu fördern, ermöglicht das Bundesvergabegesetz, **vorbehaltene Aufträge an Soziale Unternehmen** zu vergeben bzw. im Vergabeprozess explizit zu berücksichtigen. arbeit plus fordert insbesondere lokale und regionale Gebtskörperschaften auf, von dieser Möglichkeit verstärkt Gebrauch zu machen und allgemein soziale Kriterien im Vergabeprozess zu stärken, um **soziale Nachhaltigkeit auf regionaler Ebene** zu ermöglichen. Damit kann auch ein Beitrag zu SDG 11 – Nachhaltige Städte und Gemeinden geleistet werden.

Definitionen: Wie wird Arbeitslosigkeit gemessen?

Arbeitslosigkeit (nationale Definition)

Für die österr. Arbeitslosen-Statistik gelten jene Personen als arbeitslos, die zum jeweiligen Stichtag am letzten Werktag im Monat bei den regionalen Geschäftsstellen des Arbeitsmarktservice als arbeitslos vorgemerkt waren (Registerarbeitslosigkeit). Personen in Ausbildung oder Schulung zählen nicht zu den Arbeitslosen. Um die Arbeitslosenquote zu berechnen, wird der Zahl der auf diese Weise vorgemerkten Arbeitslosen zum sogenannten Arbeitskräftepotenzial ins Verhältnis gesetzt. Darunter wird die Summe der arbeitslosen Personen sowie der unselbständig Beschäftigten verstanden.

Arbeitslosigkeit (ILO bzw. EU-Definition)

Die vom Statistikamt der Europäischen Kommission (Eurostat) erhobene Arbeitslosenquote beruht auf Umfragedaten. Hier gelten jene Personen als arbeitslos, die während einer bestimmten, abgefragten Woche nicht erwerbstätig waren, aktiv einen Arbeitsplatz suchen und innerhalb von zwei Wochen für eine neue Erwerbstätigkeit verfügbar wären. Mit dieser Definition gelten selbst jene Personen als erwerbstätig, die nur eine einzige Stunde in der Woche gearbeitet haben. Die durch Eurostat veröffentlichte Arbeitslosenquote ist als Anteil der arbeitslosen Personen an allen Erwerbspersonen definiert. Damit werden – anders als in den österreichischen Daten – auch Selbständige oder geringfügig Beschäftigte miteinbezogen. Aus diesen Gründen ist die von Eurostat berechnete Arbeitslosenquote niedriger als die Registerarbeitslosenquote des AMS Österreich.

Langzeitarbeitslosigkeit

Die durch das AMS veröffentlichten Daten zur Langzeitarbeitslosigkeit beruhen – ebenso wie die zur Arbeitslosigkeit – auf Registerdaten. Als langzeitarbeitslos werden jene Menschen be-

zeichnet, die bei den Regionalgeschäftsstellen des AMS schon länger als zwölf Monate arbeitslos vorgemerkt sind. Kurze Unterbrechungen bis zu 28 Tagen – zum Beispiel durch eine kurze Schulung, Krankenstand oder eine kurze Erwerbstätigkeit – werden dabei nicht berücksichtigt. Durch eine längere Schulung oder eine Beschäftigungsförderung des AMS wird die Langzeitarbeitslosigkeit beendet beziehungsweise mit der Berechnung der Dauer neu begonnen.

Langzeitbeschäftigungslosigkeit

Für die Messung der Langzeitbeschäftigungslosigkeit werden verschiedene AMS-Vormerkperioden – unter anderem Arbeitslosigkeit, Schulung oder Lehrstellensuche – zu einem „Geschäftsfall“ zusammengefasst, und dieser erst bei einer Unterbrechung von mehr als 62 Tagen beendet (z.B. bei einer Arbeitsaufnahme oder einem Auslandsaufenthalt). Als langzeitbeschäftigungslos gelten Menschen mit einer Geschäftsfalldauer von mehr als einem Jahr, wobei Unterbrechungen nicht mitgerechnet werden. Durch diesen Indikator werden also nicht nur Schulungszeiten gleich wie Arbeitslosigkeit behandelt, sondern auch längere Unterbrechungen als bei der Langzeitarbeitslosigkeit erlaubt. Wenn langzeitbeschäftigungslose Personen eine Erwerbstätigkeit finden, diese jedoch nach wenigen Wochen wieder verlieren, gelten sie weiterhin langzeitbeschäftigungslos. Langzeitbeschäftigungslose Personen können in verschiedenen Kategorien beim AMS gemeldet sein, also etwa arbeitssuchend oder in Schulungen, wobei langzeitbeschäftigungslose Arbeitslose den größten Teil der Langzeitbeschäftigungslosen ausmachen. Der Indikator „Langzeitbeschäftigungslosigkeit“ ist besser als Langzeitarbeitslosigkeit dazu geeignet, lang andauernde, verfestigte Erwerbsarbeitslosigkeit zu messen und sichtbar zu machen.

Literatur

- AMS. (2020a). Arbeitsmarktlage 2019. https://www.ams.at/content/dam/download/arbeitsmarktdaten/%C3%B6sterreich/berichte-auswertungen/001_JB-2019.pdf
- AMS. (2020b). Fachbegriffe. <https://www.ams.at/arbeitsmarktdaten-und-medien/arbeitsmarktdaten-und-arbeitsmarkt-forschung/fachbegriffe#arbeitslosenquoten>
- AMS. (2021). Arbeitsmarktdaten Online. <http://iambweb.ams.or.at/ambweb/>
- AMS & BMASGK. (o. J.). Arbeitsmarktdatenbank. <https://arbeitsmarktdatenbank.at/>
- arbeit plus. (2021). Ein Stück Arbeit. Arbeit plus Wirkungsbericht.
- arbeit plus & AK Wien. (2019). #Aktion20000, Video-Dokumentation der Aktion 20.000. <https://bit.ly/3jRbtAB>
- Bundesagentur für Arbeit. (2021). Übergang von Arbeitslosengeld zu Arbeitslosengeld II. <https://www.arbeitsagentur.de/arbeitslosengeld-2/uebergang-arbeitslosengeld-2>
- Bundeszentrale für Politische Bildung. (2007, August 16). Fünf Jahre Hartz-Reformen. <https://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/69904/bilanz-hartz-gesetze-16-08-2007>
- Butterwegge, C., & Hank, R. (2019). Deutschland nach Hartz IV: Zwei Perspektiven. Aus Politik und Zeitgeschichte, 69(44–45), 4–11.
- Christoph Badelt, René Böheim, Rainer Eppel, Marian Fink, Thomas Horvath, Ulrike Huemer & Helmut Mahringer. (2019). Szenarien der Gestaltung von Existenzsicherungsleistungen der Arbeitslosenversicherung. WIFO. https://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person_dokument/person_dokument.jart?publikationsid=62468&mime_type=application/pdf
- Denkfabrik. (2017). Gib mir was, was ich wählen kann. Sozialunternehmen Neue Arbeit.
- Denkfabrik. (2019). Unerhört! Langzeitarbeitslose Nichtwähler melden sich zu Wort. Sozialunternehmen Neue Arbeit. <http://studie-nichtwaehler.de/downloads/Unerhoert-Langzeitarbeitslose-Nichtwaehler-melden-sich-zu-Wort.pdf>
- Eurostat. (2021a, Februar 8). At-risk of poverty rate of unemployed persons. <https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/tesem210/default/table?lang=en>
- Eurostat. (2021b, Februar 8). Low-wage earners as a proportion of all employees. https://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=earn_ses_pub1s&lang=en
- Gogola, G. (2020). Arbeitsplatzschaffende und personenbezogene Förderungen in Österreich und Deutschland - Ein Vergleich. Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft. Working Paper Reihe der AK Wien., 202.
- Hofinger, C. (2019). Politische, soziale, kulturelle Partizipation. forum wien.welt.offen. http://wien.welt.offen.at/wp-content/uploads/2013/02/PolitischeSozialeKulturellePartizipation_Hofinger.pdf
- Launov, A., & Wälde, K. (2014). Folgen der Hartz-Reformen für die Beschäftigung. Wirtschaftsdienst, 94(2), 112–117.

- Momentum Institut. (2021). Langzeitarbeitslosigkeit: Neuer Rekord verdeutlicht Ausmaß eines alten Problems.
- Nüß, P. (2017). Duration Dependence as an Unemployment Stigma: Evidence from a Field Experiment in Germany. GLO Discussion Paper, 88.
- OECD. (2021, Februar 8). Benefits in unemployment, share of previous income. <https://data.oecd.org/benwage/benefits-in-unemployment-share-of-previous-income.htm>
- Österreichische Bundesregierung. (2021). Aus Verantwortung für Österreich. Regierungsprogramm 2020-2024. <https://www.bmkoes.gv.at/dam/jcr:dde225f7-4a3b-4ca4-8c24-5e8683221d50/Regierungs%C3%BCbereinkommen.pdf>
- Pohlan, L. (2018). Unemployment and Social Exclusion. ZEW Discussion Paper.
- Schmitz, H. (2011). Why are the unemployed in worse health? The causal effect of unemployment on health. *Labour Economics*, 18, 71–78.
- Statistik Austria. (2020). Armut und soziale Eingliederung. http://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/soziales/armut_und_soziale_eingliederung/index.html
- Sumner, R., & Gallagher, S. (2017). Unemployment as a chronic stressor: A systematic review of cortisol studies. *Psychology and Health*, 32(3), 289–311.
- Zandonella, M. (2020). Österreichischer Demokratiemonitor 2020. SORA. https://www.demokratiemonitor.at/wp-content/uploads/2021/03/2020_SORA-Bericht-Oesterreichischer-Demokratie-Monitor-2020.pdf

